

PROTOKOLL

Einwohnerrat

Einwohnerratssitzung 2015/2016 Protokoll Nr. 2

Sitzungsdatum Sitzungszeit Ort Donnerstag, 24. September 2015

14:00 Uhr bis 18:50 Uhr

Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Direktwahl Gemeindekanzlei 041 329 63 09

24. September 2015

Anwesend Präsident Thomas Lammer

Einwohnerrat 32 Mitglieder

Viktor Bienz (bis 16:40 Uhr) Roger Erni (bis 18:20 Uhr) Katja Staub (ab 17:15 Uhr)

Gemeinderat 4 Mitglieder

Gemeindeschreiber Guido Solari

Protokoll Sarah Deschwanden

Entschuldigt Kevin Hofstetter

Beat Tanner Paul Trüb



Traktanden

١.	Millellungen		Selle 13
2.	Vereidigung Anita Burkhardt-Künzler (CVP)		Seite 13
3.	Protokoll Nr. 6 vom 30. April 2015 Protokoll Nr. 7 vom 28. Mai 2015		Seite 17
4.	Fragestunde (max. 30 Min.)		Seite 17
5.	Bericht und Antrag: Bauabrechnung Gesamtsanierung Schulanlage Gabeldingen	Nr. 189/15	Seite 23
6.	Bericht und Antrag: Bebauungsplan Nidfeld, 1. Lesung	Nr. 190/15	Seite 26
6a	<u>Dringliches Postulat Graf:</u> Erhaltung des Militärmuseums am Krienser Standort	Nr. 195/15	Seite 40
7.	Bericht Postulat Heiz: Kurzzeitparkplätze im Zentrum Kriens	Nr. 142/14	Seite 45
8.	Beantwortung Interpellation Koch: Staufreies Kriens	Nr. 154/15	Seite 47
9.	Postulat Graber: Mehr Mitwirkung bei den Gemeindeverbänden Begründung	Nr. 175/15	Seite 47
10.	<u>Postulat Graber:</u> Wirkungsvolle Beteiligungen ausserhalb der Gemeinde Begründung	Nr. 176/15	Seite 47
11.	Postulat Kaufmann: Betreuungsangebot an den Wochenenden für Kinder deren Eltern am Wochenende erwerbstätig sind Begründung	Nr. 178/15	Seite 47
12.	<u>Postulat Graber:</u> Tourismus- und Ortsmarketing-Strategie für die Gemeinde Kriens Begründung	Nr. 179/15	Seite 53
13.	Postulat Staub: Weniger Vorstösse – mehr bilaterale Problemlösungen Begründung aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 180/15	Seite 62
14.	Postulat Graf: Kein Porto für Wahlen und Abstimmungen Begründung	Nr. 181/15	Seite 56
15.	Postulat Berger: Businessplan für das Parkbad Kriens Begründung	Nr. 182/15	Seite 58



16.	Postulat Kaufmann: Sponsoring Partner für das Schappe Süd zum Zweiten Begründung	Nr. 184/15	Seite 62
17.	Postulat Takacs: Langfristige Sicherung der Wasserversorgung in Kriens Begründung	Nr. 191/15	Seite 62
18.	Postulat Tanner: Gegen die Bevormundung der Luzerner Gemeinden durch den Kanton Begründung aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 194/15	Seite 62

Neueingangsliste

Nr. 191/15	Postulat Takacs: Langfristige Sicherung der Wasserversorgung in Kriens Eingang: 27.07.2015
Nr. 192/15	Interpellation Graf: Sind falsche Angaben auf Wahlvorschlägen strafbar? Eingang: 29.07.2015
Nr. 193/15	Schriftliche Anfrage Urfer: Daten der Abnahmemessung der Antennen von der Freizeitanlage Kleinfeld <i>Eingang: 06.08.2015</i>
Nr. 194/15	Postulat Tanner: Gegen die Bevormundung der Luzerner Gemeinden durch den Kanton Eingang: 14.08.2015
Nr. 189/15	Bericht und Antrag: Bauabrechnung Gesamtsanierung Schulanlage Gabeldingen
Nr. 190/15	Bericht und Antrag: Bebauungsplan Nidfeld, 1. Lesung
Nr. 185/15	Bericht dringliches Postulat Graber: Bypass – so nicht! Konsequent bleiben!
Nr. 171/15	Beantwortung Interpellation Aakti:- Langfristige und saubere Finanzstrategie
Nr. 195/15	Dringliches Postulat Graf: Erhaltung des Militärmuseums am Krienser Standort Eingang: 04.09.2015
Nr. 196/15	Postulat B. Bienz: Handwerkerzentrum für Handwerker und Kleingewerbe in Kriens Eingang: 07.09.2015



Nr. 198/15 Dringliches Postulat Tschümperlin: Auswirkungen der Schuldenbremse

Eingang: 15.09.2015

Nr. 174/15 Beantwortung Interpellation Graf: Auslagerung Parkbad und Sportanlage Klein-

feld

<u>Thomas Lammer</u> begrüsst alle Anwesenden zur Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Dominik Weingartner.

Entschuldigt haben sich Kevin Hofstetter, Beat Tanner und Paul Trüb. Katja Staub kommt später zur Sitzung.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

Da dringliche Vorstösse eingegangen sind, wird gleich mit Traktandum 2 der Vereidigung von Anita Burkhardt-Künzler begonnen, damit sie ebenfalls über die Dringlichkeit abstimmen kann.

2. Vereidigung

<u>Thomas Lammer</u> bittet Anita Burkhardt-Künzler zu sich nach vorne. Er bittet die Anwesenden sich zu erheben. Anita Burkhardt-Künzler legt den Eid ab. Sie wird mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen.

1. Mitteilungen

Thomas Lammer fragt, ob jemand einen Änderungsantrag zur Traktandenliste hat.

Räto Camenisch beantragt im Namen der SVP-Fraktion, dass das Traktandum Nr. 13 Postulat Staub: Weniger Vorstösse – mehr bilaterale Problemlösungen am Schluss behandelt wird. Katja Staub wird erst etwa um 17:00 Uhr zur Sitzung stossen und sie soll ihren Vorstoss selber vertreten können.

<u>Thomas Lammer</u> stellt fest, da nicht opponiert wird, wird das Traktandum zu letzt behandelt. Es sind keine weiteren Anträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Am 4. September 2015 hat Alfons Graf das dringliche **Postulat: Erhaltung des Militärmuse-ums am Krienser Standort (Nr. 195/2015)** eingereicht. Der Vorsitzende fragt, ob der Dringlichkeit opponiert wird.

Robert Marty opponiert der Dringlichkeit.



<u>Thomas Lammer</u> erteilt das Wort an Alfons Graf zwecks Begründung der Dringlichkeit des Postulats.

Gemäss <u>Alfons Graf</u> steht das Militärmuseum kurz vor seinem Ende. Seiner Ansicht nach sollte das Militärmuseum gerettet werden. Es ist eine Minute vor zwölf bis der Strom abgestellt wird. Das darf nicht passieren, darum hat er das Postulat als dringlich eingereicht. Das Militärmuseum ist einmalig und aus Sicht der Kultur von grosser Bedeutung.

Robert Marty erwähnt, dass das Militärmuseum seit Jahren um sein Überleben kämpft. Die FDP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. Das Museum kommt seinen Verpflichtungen gegenüber der Öffentlichkeit nicht nach. Der Betreiber kann sein Unternehmen nicht annähernd wirtschaftlich betreiben.

Räto Camenisch geht es einfach um Klarheit. Es wäre schön, wenn das Postulat heute behandelt werden könnte. Der Gemeinderat hätte so die Gelegenheit zu erklären, weshalb das Militärmuseum nicht funktioniert. Dann wäre Ruhe und es gibt keine Gerüchte mehr.

Aus Sicht der CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist laut Rolf Schmid die Dringlichkeit gegeben. Wenn es heute behandelt wird, ist es dann vom Tisch.

Abstimmung über die Dringlichkeit des Postulats Graf: Erhaltung des Militärmuseums am Krienser Standort (Nr. 195/2015)

Mit 27:4 Stimmen wird das Postulat dringlich erklärt.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	ja



Marty, Robert	nein
Zosso, René	ja

Das Postulat Graf wird als Traktandum 6a behandelt.

Am 15. September 2015 hat Erich Tschümperlin das dringliche **Postulat: Auswirkungen der Schuldenbremse (Nr. 198/2015)** eingereicht.

Da der Dringlichkeit opponiert wird, erteilt der Vorsitzende das Wort an Erich Tschümperlin zwecks Begründung der Dringlichkeit des Postulats.

Gemäss Erich Tschümperlin steht die Schuldenbremse der FDP im Raum. Es ist höchste Zeit sich über die Auswirkungen klar zu werden, was dies für Kriens bedeutet. Die Schuldenbremse wird das Krienser Budget diktieren. Er möchte anhand des Budgets 2016 ein erstes Mal die Auswirkungen der Schuldenbremse sehen. Alles was im Budget 2016 beschlossen wird, hat bei einer Annahme der Schuldenbremse grosse Auswirkungen auf die kommenden Jahre. Wenn man ein weiteres Jahr zuwartet, verschliesst man die Augen und steckt den Kopf in den Sand. Mit dem Budget 2016 werden Investitionen beschlossen, die Kriens in den folgenden Jahren jeglichen Spielraum nehmen. Vielleicht braucht man im Hinblick auf die Schuldenbremse eine andere Priorisierung der Investitionen. Vielleicht können aufgrund der Schuldenbremse elementare Investitionen nicht mehr getätigt werden. Bei gewissen Investitionen muss eventuell ein Vorbehalt angebracht werden, dass diese nur getätigt werden können, wenn die Schuldenbremse nicht angenommen wird. Gemäss Finanz- und Aufgabenplan 2015 – 2019 stehen 2016 ca. 32 Mio. Franken und 2017 30 Mio. Franken Investitionen an. Jedes Jahr wird die Laufende Rechnung mit ca. 1.5 Mio. Franken belastet. Bei den budgetierten Defiziten für 2016 und 2017 ist man bei 2.4 Mio. Franken und 2.1 Mio. Franken. So gesehen sind die Investitionen nicht machbar. Die letzten Sparrunden haben aufgezeigt, dass die Zeit der grossen Einsparungen vorbei ist. Bei der Laufenden Rechnung können diese Beträge nicht einfach weggespart werden. Die Dringlichkeit ist gegeben, da dies mit dem Budget 2016 behandelt werden muss. Es kann nicht zugewartet werden. Man muss schnell einen Überblick erhalten, damit die Auswirkungen rechtzeitig erkannt und Massnahmen getroffen werden können.

Roger Erni spricht als Präsident der FGK. Die Dringlichkeit wurde bereits in der FGK diskutiert. Der Gemeinderat hat darüber informiert, dass das Budget 2016 bereits verabschiedet wurde. Daran wird nichts mehr geändert. Deshalb bringt die dringliche Forderung nur in der Theorie etwas. Die Schuldenbremse der FDP zielt nicht direkt auf die Investitionen, aber in Bezug auf die Abschreibungen schon. Keine Investition müsste dadurch gestoppt werden. In der FGK wurde genannt, dass es der falsche Zeitpunkt für dieses Postulat ist. Die Dringlichkeit wurde in der Kommission mit 5:1 Stimmen abgelehnt.

Gemäss Rolf Schmid lehnt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Dringlichkeit ebenfalls ab. Aus ihrer Sicht sind wegweisende Aussagen zum Budget 2016 gar nicht mehr möglich, was die Schuldenbremse betrifft. Darum ist das Postulat nicht dringlich.

Die SP/JUSO-Fraktion ist laut <u>Mario Urfer</u> gegen die Dringlichkeit, weil das Budget bereits verabschiedet wurde. Wird die Dringlichkeit gegeben, wird man zwar bei der Budgetdebatte informiert, aber nur mit Annahmen, da die Schuldenbremse nicht nur auf die Investitionen zielt.



<u>Erich Tschümperlin</u> ist extrem überrascht, dass das Budget 2016 bereits verabschiedet ist. Das ist ihm neu. Er dachte, dieses wird im Einwohnerrat behandelt. Er erinnert daran, dass letztes Jahr aufgrund des Antrages der CVP das Brunnmattschulhaus vorgezogen wurde. Das Budget ist überhaupt noch nicht verabschiedet. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, was die Schuldenbremse bedeutet. Vielleicht entscheidet man dann das eine oder andere anders.

Räto Camenisch führt aus, dass das Budget beim Gemeinderat offenbar bereits durch ist. Dieses wird dem Einwohnerrat noch vorgelegt. Die SVP-Fraktion findet es den falschen Zeitpunkt, um darüber zu diskutieren. Sie wäre froh, wenn im B+A ein Kapitel enthalten wäre, wie es mit der Schuldenbremse aussieht.

<u>Kathrin Graber</u> weist darauf hin, dass wenn die Dringlichkeit gegeben wird, müsste der Gemeinderat eine Begründung vornehmen. Das ist heute nicht der ideale Zeitpunkt und macht keinen Sinn, wenn das an der heutigen Sitzung diskutiert wird.

Gemäss Roger Erni fordert die FDP-Fraktion seit zwei Jahren bereits eine Schuldenbremse. Im B+A der letzten zwei Jahre war diese bereits enthalten. Jedes Jahr wollt die FDP-Fraktion, dass etwas gemacht werden soll. Durch die Initiative gab es nun einen gewissen Druck, der Erich Tschümperlin dazu bewog ein dringliches Postulat einzureichen. Natürlich möchte die FDP-Fraktion später vom Einwohnerrat die Meinung dazu einholen, aber nicht heute.

Laut <u>Erich Tschümperlin</u> ist es ein Missverständnis. Er möchte den Vorstoss nicht heute behandeln. Heute soll der Vorstoss nur überwiesen werden, damit die Zahlen im Budget 2016 enthalten sind. Wenn bei der Beratung des Budgets darüber diskutiert wird, kommt die Antwort erst, nachdem das Budget bereits genehmigt wurde.

Abstimmung über die Dringlichkeit des Postulats Tschümperlin: Auswirkungen der Schuldenbremse (Nr. 198/2015)

Mit 23:7 Stimmen bei einer Enthaltung wird das Postulat nicht dringlich erklärt.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	Enthaltung
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	nein



Piras, Davide	nein
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	nein
Schmutz, Manuel	nein
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	nein
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	nein
Zosso, René	nein

Mitteilungen seitens des Präsidiums

<u>Thomas Lammer</u> bedauert es mitzuteilen, dass Bruno Arnet heute nicht anwesend ist, da seine Mutter verstorben ist. Er bittet darum das zirkulierende Leidkärtchen zu unterschreiben.

Mitteilungen seitens des Gemeinderates

Gemäss <u>Judith Luthiger-Senn</u> hat der Einwohnerrat gewünscht, dass die neu gebauten Schulbauten, wie der Kindergarten und Hort Amlehn sowie die Modulen Bauten auf der Krauerwiese öffentlich zugänglich gemacht werden. Es wird ein Tag der offenen Türe am Donnerstag, 22. Oktober 2015 von 16:00 Uhr bis 19:00 Uhr stattfinden. Die schriftliche Einladung wird per Extranet versendet.

3. Protokoll Nr. 6 vom 30. April 2015 Protokoll Nr. 7 vom 28. Mai 2015

Zum Protokoll Nr. 7 vom 28. Mai 2015 sind nach <u>Thomas Lammer</u> von Judith Luthiger-Senn Ergänzungen eingegangen. Der Einfachheit halber wurden die Änderungen verteilt. Diese liegen auf den Tischen auf.

Protokoll Nr. 7, S. 296

Judith Luthiger-Senn teilt mit, dass die <u>Nutzer</u>kommission sehr breit zusammengesetzt ist. Sie lehnt sich an die ehemalige Kulturstättenplanung an. Es hat je ein<u>e</u> Vertre<u>tung</u> vom Theater, Quartierverein, Jugendanimation, Galerien, Kunstszene Teiggi, Umwelt- und Sicherheitsdepartement, Baudepartement, Krienser Vereine, Blasmusiken <u>sowie der Musikschule und Kulturkommission.</u>

<u>Thomas Lammer</u> stellt fest, dass keine weiteren Änderungsanträge eingegangen sind. Die sprachlichen Fehler wurden nachträglich noch korrigiert. Die Protokolle werden somit genehmigt und an die Protokollführerin verdankt.

4. Fragestunde

Gemäss <u>Kathrin Graber</u> konnte man am letzten Samstag in der NLZ lesen, dass die Polizei in Kriens Stellen abbaut. Die Zuständigkeit der Polizeiregion West wird nach Horw umziehen.



Die Stellungnahme des Gemeindepräsidenten konnte man dem Zeitungsartikel auch entnehmen. Sie fragen sich nun, ob es dies war oder gibt es Massnahmen die der Gemeinderat trifft, um dies wieder zurück nach Kriens zu holen.

Laut <u>Cyrill Wiget</u> ist der Gemeinderat froh, dass es durch diesen Zeitungsartikel einen gewissen öffentlichen Druck gibt. Die Verhandlungen mit der Polizei laufen noch. Ein Vorstoss bringt nichts, weil die Verhandlungen so oder so weiterlaufen. Der Gemeinderat ist aktiv daran. In erster Linie geht es um Arbeitsplätze in Kriens oder in Horw. Die Arbeitsplätze spielen für die Präsenz in Kriens keine Rolle. Wichtig ist, dass Kriens einen eigenen Polizeiposten behält. Da ist man immer noch auf gutem Weg.

<u>Peter Portmann</u> stellt fest, dass aufgrund des neuen Spielplatzes Langmatt die Sackweidstrasse an schönen Tagen mit Autos überfüllt ist. Er möchte daran erinnern, dass die Sackweidstrasse eine Privatstrasse ist. Unternimmt der Gemeinderat etwas?

Gemäss <u>Cyrill Wiget</u> sollen Gespräche mit der Strassengenossenschaft aufgenommen werden. Die Gemeinde bietet an Tafeln aufzustellen mit Hinweisen darüber, wo man parkieren darf. Weiter kann der Sicherheitsdienst in Anspruch genommen werden, der dann Kontrollen durchführt und allenfalls Bussen verteilt.

<u>Enrico Ercolani</u> hat festgestellt, dass beim Schulhausumbau Kirchbühl innert kurzer Zeit der Baumeister gewechselt hat. Warum ist dies so?

<u>Matthias Senn</u> führt aus, dass eine öffentliche Submission durchgeführt wurde. Im ersten Schritt muss eine Selbstdeklaration eingereicht werden, ob man alle öffentlichen Anforderungen erfüllt. Die Unternehmung, die den Auftrag erhalten hat, hat in der Selbstdeklaration angegeben, dass alles in Ordnung sei. Es konnte dann aber nicht der Nachweis der paritätischen Kommission geliefert werden. Deshalb mussten sie im Nachhinein ausgeschlossen werden. In Zukunft werden nur noch Vergaben gemacht, wenn die Papiere auf dem Tisch liegen. Offenbar kann man einer Selbstdeklaration nicht mehr glauben.

Gemäss <u>Yasikaran Manoharan</u> gibt es vor dem Amlehnschulhaus neue Veloparkplätze. Er geht davon aus, dass diese für die Schüler gedacht sind. Täglich stehen jedoch mindestens fünf Roller oder Töff's darunter. Macht man etwas dagegen?

Für <u>Judith Luthiger-Senn</u> ist dies eine neue Information. Sie nimmt den Hinweis gerne entgegen und klärt ab, wo Rollerparkplätze zur Verfügung stehen und wie man dies lösen kann.

<u>Bruno Bienz</u> kommt zum Thema Hochwald. Der Gemeinderat hat versprochen, dass er zwei Fälle pro Woche bearbeitet. Ist man auf Kurs und wie ist der Stand?

Gemäss <u>Matthias Senn</u> ist man momentan nicht ganz auf Kurs. Es braucht immer den Zwischenschritt des Rechtlichen Gehörs. Wenn das rawi eine Stellungnahme abgegeben hat, muss man diese dem Gesuchsteller eröffnen. Zum Teil werden dort Fristerstreckungen ver-



langt, so dass nicht zwei Fälle pro Woche verabschiedet werden konnten. Er ist zuversichtlich, dass dieser Zeitplan in Zukunft eingehalten werden kann.

Christine Kaufmann-Wolf möchte wissen, wie der Stand der Planung des neuen Ökihof's ist.

Gemäss Cyrill Wiget konnte man sich mit der Gemeinde Horw noch nicht einigen, ob beim jetztigen Ökihof ein neue Halle gebaut werden soll. Kriens ist der Meinung, dass mit einer neuen Halle die Verkehrsprobleme bis auf ein paar vereinzelte Tage gelöst werden können. Die Gemeinde Horw bestand darauf, dass eine Standortevaluation in der ganzen Region gemacht wird. Die Standortevaluation ist nun in den letzten Zügen. Man weiss nun, welche Standorte in Frage kommen. Die aktuellen Verhandlungen müssen nun noch abgewartet werden. Die Öffentlichkeit wird informiert, sobald Fakten vorgelegt werden können.

Laut <u>Alfons Graf</u> fand am letzten Samstag im Pilatussaal ein wunderbarer heimatlicher Abend statt. Ihm ist zu Ohren gekommen, dass diese für die Saalmiete Fr. 1'000.00 bezahlen mussten. Wieso ist das so teuer?

<u>Judith Luthiger-Senn</u> führt aus, dass es ein Reglement gibt, worin die Preise festgelegt sind. Alle zahlen seit Jahren gleich viel und alle werden gleich behandelt.

<u>Enrico Ercolani</u> findet Kriens eine schöne Gemeinde. Zum Teil hat es aber etwas zu viel Grün, wie z.B. ums Schloss herum. Aus verschiedenen Richtungen sieht man das Schloss gar nicht mehr. Auch etwas zu viel Grün hat es auf dem Friedhof und auf öffentlichen Anlagen. Wann macht die Gemeinde mit der Baumpflege vorwärts?

Gemäss <u>Cyrill Wiget</u> wurde der Schlossfels vor wenigen Jahren ausgeholzt. Das wird periodisch vorgenommen. Der Werkhof hat für die Baum- und Heckenpflege Listen wann sie welche Pflanzen schneiden müssen. Aufgrund der fehlenden Ressourcen ist man aber etwas im Rückstand.

<u>Tomas Kobi</u> hat gelesen, dass das Haus an der Luzernerstrasse 22 in Kriens abgerissen werden soll und Parkplätze als Zwischennutzung entstehen. Wie sieht das der Gemeinderat?

Laut <u>Matthias Senn</u> ist es nicht korrekt, dass bereits ein Baugesuch eingereicht wurde. Man ist aber im Gespräch mit dem Architekturbüro. Die Baubewilligung wird zusammen mit der Abbruchbewilligung behandelt. Der Bauherr hat dann eine gewisse Zeit, um mit dem Bau anzufangen. Es ist nicht das Ziel, dass man eine möglichst lange Lücke hat.

Rolf Schmid kommt zurück auf das Schulhaus Amlehn. In den Projektplänen gab es eine schöne Pausenplatzgestaltung. Heute ist der Pausenplatz asphaltiert. Im Kredit wurde für die Gestaltung auch Geld zur Verfügung gestellt. Wird noch etwas auf diesem Platz gemacht?



<u>Matthias Senn</u> erklärt, dass selbstverständlich alles nach den Plänen ausgeführt wird. Zuerst wurde das Gebäude fertiggestellt, damit die Schüler nach den Sommerferien den Betrieb aufnehmen konnten. Die Umgebung wird nach und nach fertiggestellt.

<u>Peter Portmann</u> stellt fest, dass der Krienbach im Bereich Mittlerhus völlig verwildert ist. Früher gab es dort noch Enten und Fische. Heute sieht man nur noch Gestrüpp. Wird der Bach noch gepflegt?

Gemäss <u>Matthias Senn</u> gehört dies auch zu den Aufgaben des Werkdienstes. Nach seinem Wissen wird dies gemacht. Er weiss aber nicht, wann der Krienbach wieder dran ist.

Laut <u>Enrico Ercolani</u> hat die Bilanz eine Veröffentlichung der besten Unternehmer der Schweiz gemacht. Die Heime Kriens steht auf dem 10 Platz. Darauf darf man stolz sein. Was wurde überprüft, dass die Heime Kriens auf dem 10 Rang ist?

Lothar Sidler führt aus, dass sehr viel überprüft wurde. Die Überprüfungen sind so weit gegangen, dass jetzt konkrete Massnahmen auf Teamstufe umgesetzt werden können. Das Ergebnis der Studie wird an der nächsten Gemeinderatssitzung vorgestellt. Es wurden viele verschiedene Faktoren aus Sicht der Mitarbeitenden überprüft. Diese konnten zu verschiedenen Fragen, wie zum Team, Lohn, Leitung etc. Stellung nehmen. So sieht man nun welche Probleme noch gelöst werden müssen. Das Ergebnis wird auch noch der SGK vorgestellt.

Gemäss <u>Tomas Kobi</u> war in der NLZ vom 25. August 2015 ein Bericht über die Sanierungskosten von Schiessanlagen drin. Wie ist der Stand der Dinge bezüglich des alten Schiesstandes? Vor zwei Jahren war ein Posten im Budget.

Cyrill Wiget erklärt, dass es die Schiessanlage Stalden nicht betrifft. Diese wurde saniert und ist somit erledigt. Lange Zeit wurde über die Luzernerstrasse auf die Seite des Schützenrains geschossen. Dort ist ein Gebiet, welches noch bebaut werden kann. Die Sanierung dieses Gebietes will man zusammen mit der Bauherrschaft machen. Dann müsste man nur einmal eine Strasse bauen. Die Bauherrschaft sagt regelmässig, dass sie überbauen möchte. Dies verzögert sich aber immer wieder. Darum wird das Geld jedes Jahr zurückgestellt, damit dies mit der Bauherrschaft gemacht werden kann. Es ist nicht unbedingt gefährlich. Kühe dürfen weiden, wenn etwas nicht kontaminiert ist. Es gelten jedoch höhere Stufen, wenn aufgrund der Überbauung am Waldrand Kinder spielen. Da dies jetzt noch nicht der Fall ist, wurde noch kein Alarm geschlagen. Er fragt bei seinen Mitarbeitern noch nach.

<u>Judith Mathis-Wicki</u> möchte wissen, wie es geregelt ist, wer und wann man auf dem Pausenplatz Amlehn parkieren darf.

Gemäss <u>Judith Luthiger-Senn</u> können die Vereine ab einer gewissen Anzahl Personen auf der Verwaltung ein Gesuch stellen. Die Harmoniemusik hat ein Gesuch gestellt und deshalb ist die Schranke an 2-3 Abenden für die Musikanten geöffnet.

Martin Heiz möchte über den Stand beim Eichhof informiert werden.



Laut <u>Matthias Senn</u> gibt es leider noch keinen Entscheid des Regierungsrates. Er hat vor zwei Wochen nachgefragt wann man damit rechnen kann. Die Antwort war nur, dass es umfassende Beschwerden gibt, die geprüft werden müssen. Es wurde kein Termin genannt.

Enrico Ercolani führt aus, dass der Gewerbeverband angefragt wurde, ob er die Wirtschaftsförderung unterstützen kann. Dazu fehlt dem Gewerbeverband das Adressverzeichnis der Gewerbetreibenden in Kriens. Wie kommt der Gewerbeverband zu diesen Adressen? Gemäss Matthias Senn hat die Gemeinde nur eine Adressliste von denen, welche all zwei Jahre an den Anlass eingeladen werden. Er schaut, ob diese Adressliste ausgehändigt werden kann.

<u>Erich Tschümperlin</u> stellte fest, dass in vergangener Zeit immer wieder grössere Feuerwerke in Kriens abgefeuert werden. Letztens war im Sonnenberg eines und dauerte rund 10-15 Minuten. Ist das erlaubt? Wenn nicht, unternimmt die Gemeinde etwas oder muss man eine Anzeige mache?

Cyrill Wiget erklärt, dass dies auf den gemeindeeigenen Liegenschaften, kategorisch eingeschränkt wird. Dort dürfen keine Feuerwerke abgebrannt werden. Die allgemeinen Bestimmungen der Polizei sind sehr streng, aber es ist schwierig und aufwändig diese zu kontrollieren. Die Polizei müsste dann immer gleich hinfahren und die Leute entsprechend büssen. Es gibt zum Teil sicher wichtigere Fälle, die die Polizei vorziehen muss. Die Disziplin ist jedoch wirklich sehr schlecht. Die Regelung ist so, dass man am 1. August und am 31. Dezember Feuerwerke abfeuern darf. Sonst darf man ab 22:00 Uhr keines mehr abbrennen.

Gemäss <u>Davide Piras</u> konnte man in Bezug auf die Wasserversorgung lesen, dass die Leitung Richtung Fräkmüntegg in sehr schlechtem Zustand ist. Im Bericht ging es um das Restaurant in der Fräkmüntegg. Es gibt einen Streitfall zwischen Kriens und Hergiswil, wer nun die Kosten tragen soll. Wie ist der aktuelle Stand zu diesem Rechtsfall? Muss Kriens Kosten tragen?

Matthias Senn erklärt, dass diese Woche eine Besprechung zwischen dem Gemeindepräsident Hergiswil, dem Geschäftsführer der Pilatusbahnen und dem Sprechenden stattfand. Es geht um die Abwasserleitung. Es wurde über mögliche Lösungen diskutiert. Die Gemeinde Hergiswil wird einen Antrag an Kriens stellen. Heute führt die Leitung Richtung Hergiswil via Alpgschwänd. Der Gemeinderat Hergiswil wird der Gemeindeversammlung einen Antrag zur Gesamterneuerung unterbreiten müssen.

<u>Alfons Graf</u> stellte fest, dass bei der Sanierung des Spielplatzes Feldmühle auf der Seite der Zumhofstrasse teurer Sand verwendet wurde. Dort gibt es nun eine Sauerei, weil dieser überall hin verschleppt wird. Wieso hat man nicht die billigere Variante von Holzschnitzel verwendet?

Gemäss <u>Cyrill Wiget</u> hat man mit Holzschnitzel auch nicht nur positive Erfahrungen gemacht. Diese verfaulen sehr schnell und müssen häufig erneuert werden. Diese sind gar nicht so billig wie man meint. Wenn diese immer wieder erneuert werden müssen, laufen schnell hohe Kosten an, die beim Sand nicht anfallen, da dieser ewig hält.



Roger Erni weist darauf hin, dass vor wenigen Tagen ein super Anlass in der Gemeinde stattfand, nämlich der Lehrstellenparcours. Dieser wurde vom Gewerbeverband organisiert. Wie hat die Gemeinde mitgemacht? Er bittet darum, dass die Gemeinde nächstes Jahr auch mitmachen soll.

Judith Luthiger-Senn und der Gemeinderat hatten Freude, dass dies ein grosser Erfolg war und darüber wie das Gewerbe mitgemacht hat. Es ist noch nicht optimal. Es könnten noch mehr Gewerbe mitmachen. Selbstverständlich hat die Gemeinde auch mitgemacht. Von der Gemeinde wurde das KV und die Arbeit in den Heimen gezeigt. Wenn man früher eingebunden worden wäre, hätte man noch mehr zeigen können. So konnten die Gemeindeberufe vorgestellt werden. Es erfolgt noch eine Auswertung, wo man Verbesserungen sieht. Es soll auch im nächsten Jahr wieder stattfinden.

Laut <u>Martin Heiz</u> wurde am Samstag, 19. September 2015 in der Zeitung über die KESB Kriens-Schwarzenberg bezüglich der Bürokratie und der hohen Rechnung berichtet. Wie war der Gemeinderat involviert und wie reagiert er darauf?

Lothar Sidler erklärt, dass die KESB eine eigenständige Behörde ist und der Gemeinderat keinen Einfluss hat. Im Bericht standen zwei Kernfragen zur Diskussion. Zum einen ist es die Rechtmässigkeit des Vorgehens und zum zweiten die Notwendigkeit. Bei der Rechtmässigkeit ist es so gewesen, dass die betroffene Person sämtliche Entscheide der KESB beim Kantonsgericht hätte anfechten können. Dort hätte er überprüfen können, ob die KESB richtig handelt und die Entscheide nötig gewesen wären. Dies hat er aber nicht gemacht. Bei der Analyse des Berichts konnte man nicht feststellen, dass die KESB nicht rechtmässig gehandelt hat. Deshalb gibt es keinen Grund eine Bemerkung bei der KESB zu deponieren. Zu der Notwendigkeit kann er folgendes sagen. Es wurden sechs Entscheide gefällt für zwei Personen. Nämlich zwei Entscheide für die Mutter des Beschwerdeführers und vier Entscheide für den Vater des Beschwerdeführers. Einer dieser sechs Entscheide wurde gefällt, weil der Beschwerdeführer nicht warten konnte und er sagte, dass er dringend einen Entscheid braucht, damit er die Wohnung sanieren kann. Somit sind dann noch fünf Entscheide übrig. Für den Vater gab es einen Eröffnungs-, einen Zwischen- und einen Schlussentscheid, weil der Vater gestorben ist. Bei der Mutter hat man auch einen Eröffnungs- und Zwischenentscheid gemacht. Diese Schritte waren also alle notwendig. Der Sprechende kommt noch auf die Rolle der Gemeinde zu sprechen. Wenn aufgrund einer Massnahme ein Schaden entsteht, muss die Gemeinde für den Schaden gerade stehen. Das unter diesen Umständen die KESB ganz genau hinschaut, ist richtig und im Interesse der Gemeinde. Somit verhindert die KESB, dass Schäden entstehen können.

Roger Erni erwähnt, dass Fahrende vom Schlachthof auf das Areal Nidfeld umgesiedelt sind. Wie sieht es dort aus?

Gemäss <u>Matthias Senn</u> ist Coop die Grundeigentümerin. Sie hat eine Strafanzeige plus ein Ausweisungsbegehren eingereicht. Dieses Verfahren läuft noch.



Bericht und Antrag: Bauabrechnung Gesamtsanierung Schulanlage Gabeldingen Nr. 189/15

Gemäss Martin Heiz war in der BK das Eintreten nicht bestritten. Diese Bauabrechnung ist eine Punktlandung. Mit diesem Kredit aus der Investitionsrechnung konnte auch das Dachgeschoss energietechnisch und baulich ausgebaut werden und kann somit auch benutzt werden. Das man über diese Bauabrechnung überhaupt befinden kann, ist dem Zustand zu verdanken, dass dieser Kredit über zwei Kalenderjahre geht. Eigentlich wäre es ein Sonderkredit, der vom Einwohnerrat genehmigt werden muss. Nur hatte man dies zu Beginn nicht gewusst, dass diese Sanierung über zwei Kalenderjahre geht. Weitere Informationen können auch im Bericht der BK nachgelesen werden. Die BK stimmt dieser Abrechnung einstimmig zu und beantragt die Zustimmung.

Für die CVP/JCVP/GLP-Fraktion war laut Christine Kaufmann-Wolf das Eintreten unbestritten. Die Bauabrechnung schließt mit einer minimen Überschreitung von nur 0.007 % ab. Dies ist eine Punktlandung. Dies vor allem, wenn man bedenkt, dass es sich um eine notfallmässige Sanierung und um ein denkmalgeschütztes Haus handelt. Bei solchen Bauten können immer unliebsame Überraschungen auftreten. Dies war auch hier der Fall. Die Betondecke stellte eine grosse Herausforderung an die Fachleute dar. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion geht davon aus, dass durch diese baulichen Herausforderungen und den daraus folgenden Kosten auf den Plattformlift und auf die Farbgestaltung verzichtet wurde. Der Gemeindeammann kann sicher hierzu noch über diese Verzichte informieren. Der Dachstock wurde ausgebaut und steht aktuell dem Verein Messer & Gabeldingen für den Mittagstisch zur Verfügung. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion genehmigt einstimmig die Bauabrechnung der Gesamtsanierung Schulanlage Gabeldingen.

Martin Heiz teilt mit, dass die SVP-Fraktion der Bauabrechnung zustimmen wird.

Roger Erni führt namens der FDP-Fraktion aus, dass alles am 17. Oktober 2011 mit der Interpellation der heutigen Gemeinderätin angefangen hat. Am 11. November 2011 hat die FDP mit der Motion zum Schulhaus Gabeldingen die Gesamtsanierung eingeleitet. Nicht ganz vier Jahre später hat man nun ein schönes saniertes Schulhaus. Vier Schulzimmer haben 3.3 Mio. Franken gekostet, somit kostete ein Schulzimmer rund Fr. 800'000.00 bis Fr. 900'000.00. Die FDP-Fraktion möchte auf diesem Pfad weiter machen. Sie ist zufrieden mit der Gesamtsanierung und wird dem B+A einstimmig zustimmen.

Yasikaran Manoharan von der SP/JUSO-Fraktion führt aus, dass das Schulhaus Gabeldingen aus Sicherheitsgründen von einem auf den anderen Tag geschlossen werden musste. Grund dafür war die mangelnde Bausubstanz. Bei einem 100-jährigen Gebäude nicht gerade verwunderlich. Man hätte es aber früher merken und darauf reagieren sollen. Das Gebäude musste dringend saniert werden. Doch bis es überhaupt zu der Sanierung gekommen ist, war es ein steiniger Weg. Dieses Kapitel kann man sicher zu den unschönen Ereignissen in der Geschichte der Gemeinde zuordnen. Doch der Sprechende möchte nicht die Vergangenheit aufrollen. Die Gemeinde ist nun laufend daran die Schulhäuser zu sanieren. Die SP/JUSO-Fraktion hofft, dass bald das Brunnmatt dran ist, bevor es zu einem zweiten Gabeldingen wird. Doch jetzt ist man froh, dass das Schulhaus Gabeldingen umfangreich saniert wurde. Neben der neuen Deckenkonstruktion ist auch der Dachstock komplett saniert worden. Bislang wird es als Mittagstisch benutzt, aber in naher Zukunft kann dies bei Bedarf auch als Schulzimmer genutzt werden. Dank dem neuen Hallenboden in der Turnhalle können nun auch andere An-



lässe stattfinden. Es ist aber auch wichtig, dass der Aussenbereich mit dem Pausenunterstand in Angriff genommen wird. Anscheinend wird der Platz momentan als Parkplatz benützt. Das die Sanierung innerhalb des Baukredits geblieben ist, freut die SP/JUSO-Fraktion. Sie dankt dem Gemeinderat für die Bauabrechnung und auch sie wird dem B+A zustimmen.

<u>Fabian Takacs</u> bedankt sich im Namen der Grüne/JG-Fraktion bei den involvierten Personen für die Erstellung der Bauabrechnung und für die gemachten Prüfungen. Dies ist eine nette Punktlandung. Gratulation an dieser Stelle. Auch sie ist positiv eingestellt, dass der Gemeinderat sich in Bezug auf die gemachten Versäumnisse lernfähig zeigt. Bezüglich der Aussenraumgestaltung noch ein Kommentar. Es ist doch irgendwie typisch und für das Handeln der Gemeinde Kriens symptomatisch, dass die Fertigstellung des Aussenraums sich verzögert und willentlich nach hinten geschoben wird. Einerseits ist es irritierend, dass im Baukredit Fr. 35'000.00 budgetiert waren, aber nur Fr. 15'400.00 gebraucht wurden. Wer sich aber nur kurz hinter dem Schulhaus Gabeldingen umschaut, darf feststellen, dass der Aussenraum nicht so aussieht, wie er sollte. Ein Kiesplatz dominiert und darauf sind Autos anzutreffen. Soviel die Grüne/JG-Fraktion weiss, ist dieser Platz nicht als Parkplatz angedacht. Der Sprechende hofft, dass der Gemeinderat noch erklärt, was dort die Situation ist.

Gemäss Matthias Senn darf man sich heute darüber freuen, was man im Gabeldingen realisiert hat. Nach der Schliessung des Schulhauses war es eine zähe Zeit. Es wurden Containerprovisorien aufgestellt, die noch verlängert werden mussten, weil das Budget abgelehnt wurde. Beim zweiten Mal konnte man dann starten. Der Gemeinderat hat daraus gelernt, dass bei der Investitionsrechnung in Zukunft genauer abgeschätzt wird, ob eine Bauphase in das nächste Kalenderjahr kommen kann. Damals war man etwas zu optimistisch. In Zukunft wird man im Zweifelsfalle mit einem Sonderkredit an den Einwohnerrat gelangen. Der Sprechende wurde noch auf die Farbberatung angesprochen. Im Kostenvorschlag wurde ein umfassendes Gutachten budgetiert. Man hat aber nicht komplett auf eine Farbberatung verzichtet. Die Beratung wurde vor Ort durchgeführt anstelle eines umfassenden Gutachtens. Das Ganze wurde von kompetenten Fachpersonen begleitet. Über die Frage zur Umgebung kann man anlässlich der Budgetdebatte diskutieren, ob man es vorziehen soll. Das Projekt wurde eigentlich ausgearbeitet. Hinter dem Schulhaus wird es einen Pausenunterstand geben. Aus finanziellen Gründen hat man dies zurückgestellt. Deshalb wurde die Umgebung nur zur Hälfte fertig erstellt.

Judith Luthiger-Senn kommt auf den Aussenbereich zu sprechen. Die Schülerinnen und Schüler können ihre Pause auf der anderen Seite vom Hartplatz verbringen. Auf dem Platz vor dem Schulhaus wurden die Spielgeräte erneuert. Dies ist ein schöner Pausenplatz worauf die rund 70 Kinder genug Platz haben. Auf dem Aussenbereich hinten stehen ein paar Autos und auch ein Wohnwagen. Der Wohnwagen gehört dem Hauswartehepaar. Diese haben mit der Schulleitung abgeklärt, ob dieser stört. Die Schulleitung hat bestätigt, dass es für sie kein Problem sei. Zu den Parkplätzen kann sie folgendes sagen. Im Einwohnerrat wurde das Parkplatzreglement verabschiedet und es wurde gesagt, dass die Parkplätze im Gabeldingen ausserhalb der Bauzone sind und deshalb sind diese dort möglich. Sie werden auch nicht bewirtschaftet. Bei der Überarbeitung des Parkplatzreglements kann dies ergänzt werden. Bezüglich des Wohnwagens wird der Gemeinderat nochmals schauen, was man diesbezüglich machen kann. Sie möchte noch eine Berichtigung machen. Es wurde immer gesagt, dass im obersten Stock nur der Mittagstisch ist. Selbstverständlich findet in diesem Zimmer auch Fachunterricht statt, weil man ja Doppelklassen hat.



<u>Erich Tschümperlin</u> stellt fest, dass seit langer Zeit dort ein Wohnmobil und ein Wohnwagen stehen. Wenn er es richtig verstanden hat, kann man dort die Autos gratis parkieren, weil es ausserhalb des Siedlungsgebietes ist. Er kann sich nicht vorstellen, dass dies im Sinne der Gemeinde ist. Diese könnte dort eine Schranke oder ein Parkverbot installieren. Ausser der Gemeinderat möchte das dort parkiert werden kann. Diese Antwort erstaunt den Sprechenden sehr.

<u>Judith Luthiger-Senn</u> meint, dass dies selbstverständlich nicht möglich ist. Offensichtlich gibt es eine Barriere, die geschlossen werden kann. Somit kann dies geregelt werden.

<u>Thomas Lammer</u> stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 3

<u>Christine Kaufmann-Wolf</u> hat beim Eintretensvotum gefragt, weshalb man auf den Plattformlift verzichtet hat. Leider hat sie noch keine Antwort erhalten. Wurde aufgrund der Finanzen darauf verzichtet oder damit man eine Punktlandung hat?

<u>Matthias Senn</u> erklärt, dass aus finanzieller und auch aus Sicht der Notwendigkeit darauf verzichtet wurde. Es war dem Gemeinderat wichtig, dass man einen Plattformlift jederzeit machen kann, sofern ein Schulkind diesen braucht. Es wäre aber schöner, wenn das Schulkind in ein Schulhaus mit einem richtigen Lift kommt.

Thomas Lammer liest den Beschlussestext vor:

Die Bauabrechnung "Gesamtsanierung Schulanlage Gabeldingen" im Betrag von Fr. 3'371'242.75 wird genehmigt.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 189/15:

Der Beschlussestext wird mit 31:0 Stimmen genehmigt.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	ja



Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

6. Bericht und Antrag: Bebauungsplan Nidfeld, 1. Lesung Nr. 190/15

<u>Matthias Senn</u> hat noch Ergänzungen zum B+A. Gestern wurde das Schreiben des ASTRA noch ins Extranet gestellt. Im B+A geht es in einem Kapitel um den Genehmigungsvorbehalt des ASTRA wegen dem Bypass. Dieses Problem hat sich nun gelöst und der Genehmigungsvorbehalt besteht nicht mehr. Wenn heute auf den B+A eingetreten wird, kann die öffentliche Auflage gestartet werden.

Die BK wurde laut Martin Heiz zu Beginn von Daniel Stalder vom Planteam S eingehend orientiert. Das man heute über diesen Bebauungsplan diskutierten kann, ist darauf zurückzuführen, dass mit der Teilrevision 2009 des Bau- und Zonenreglements der Gemeinde Kriens dieses Gebiet der Bebauungsplanpflicht unterstellt wurde. Der ganze Bebauungsplan hat eine lange Geschichte. Seit 2006, dem Wegzug des Pilatusmarktes in den Schlund, wird an diesem Bebauungsplan gearbeitet. Heute ist die Coop im Zugzwang, da sie mit der Prodega und der Howeg möglichst schnell an diesen Standort zügeln will. Bei der Prodega am alten Standort wären grössere Investitionen notwendig, die aber nicht mehr getätigt werden, da am neuen Standort neu gebaut werden kann. Heute kann bei der Prodega gekühlte Ware nicht mehr gelagert werden, da die Kühlräume nicht mehr dem heutigen Standard entsprechen. Der Investor hat bis heute bereits über eine Million Franken in dieses Projekt gesteckt. Diesem Bebauungsplan liegt das Entwicklungskonzept LuzernSüd mit den für diesen Bebauungsplan verbindlichen Richtlinien zugrunde. Dieser Bebauungsplan wurde am 24. März 2015 durch den Beirat Städtebau LuzernSüd ebenfalls geprüft und für positiv befunden. Auf Grund der Ausführungen des Beirates ist der heute vorliegende Bebauungsplan mit den entsprechenden Baufeldern entstanden. Auch der Verkehr und die Parkplatzsituation ist somit mit LuzernSüd abgesprochen. Ein längeres Thema war die Erschliessung der Prodega, der kombinierte Fuss- und Radweg und natürlich die Parkplätze. Eintreten wurde nicht bestritten. Bei der Beratung des Reglements wurden noch einige Verständigungsfragen gestellt. Bei Artikel 17 Absatz 3 wusste man nicht so genau, wie man diesen Satz verstehen soll. Man war der Meinung, er müsste einfacher sein. Deshalb hat die BK einen Antrag gestellt, der via Extranet zugestellt wurde. Da dies die 1. Lesung ist, erfolgte keine Abstimmung.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat sich gemäss René Zosso eingehend über dieses Vorhaben informiert. Die Fraktion begrüsst es, dass es mit der Entwicklung im Gebiet Nidfeld nun endlich vorwärts geht und etwas Ganzes und Einheitliches entsteht, dass dem urbanen Charakter, welcher hier entstehen soll, auf die Beine hilft. So steht es denn auch ausser Frage, dass die CVP/JCVP/GLP-Fraktion für Eintreten ist und dass sie gespannt ist, was dann hier schlussendlich daraus wird. Rückblickend erscheint es richtig, dass der Einwohnerrat damals



auf den Bebauungsplan bestanden hat. Zu diskutieren gab auch die immer noch stattliche Anzahl von 650 Parkplätzen. Aber angesichts der noch viel höheren Parkplatzzahl, die mit dem Parkplatzreglement der Gemeinde vorgegeben wäre, kann die CVP/JCVP/GLP-Fraktion leben. Immerhin redet man hier von 300 Wohnungen und bis zu 1'000 Personen, die hier leben und arbeiten. Ob der damit verursachte Verkehr zu Problemen auf der Nidfeldstrasse führt, bleibt abzuwarten. Aber mit der Begrenzung auf 200 Fahrten in der Abendspitzenstunde bleibt eine Notbremse. Fragt sich nur, ob dies dannzumal bei Bedarf auch wirklich umgesetzt wird. Offenbar werden auch Mobility-Parkplätze entstehen und für die Bewohner soll es ein paar gratis-E-Bikes geben, was erfreulich ist. Ein Fragezeichen setzt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion zum Umstand, dass der Baubeginn auf Baufeld C vorgezogen werden soll. Ausgerechnet der unansehnliche Teil des Projektes hat es am Eiligsten. Sie ist jedoch der Ansicht, dass für den Abholmarkt kein Konkurrenzverfahren zwingend notwendig ist, weil die Gestaltungsmöglichkeiten für dieses Projekt ohnehin eingeschränkt sind. Das Projekt des Abholmarktes soll starten, wenn dieses bereit ist. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion will diesen Leuten keinen Knüppel zwischen die Beine legen. Die Erklärung für den Vorzug des Marktes erscheint plausibel und schlussendlich verschwindet der Baukörper ja hinter den hoffentlich ansehnlichen Fassaden der Baufelder A und B. Zweifel, dass es nach dem Start für den Prodega-Bau nicht mehr so speditiv weitergehen könnte, scheinen unberechtigt, sitzt doch die Bauherrschaft schon genügend lange auf einer Brache und möchte endlich Rendite erwirtschaften. Die Stellungnahme des ASTRA ist unter Bedingungen zustimmend. Von dieser Seite erhält man also grünes Licht. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion unterstützt den Vorschlag des ASTRA ein gebietbezogenes Parkplatzreglement analog dem Grobkonzept zum Verkehr ESP LuzernSüd für das Nidfeld anzuwenden. Aber es fehlt zudem noch die Vereinbarung betreffend Infrastrukturbeiträgen, welche bis zur 2. Lesung stehen sollte. Es gibt aus der BK einen Antrag, den Passus in Art. 17 "nach Massgabe der Interessen" zu streichen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion unterstützt diesen Antrag. Aber die gleiche Frage hat die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nochmals. Was bedeutet der Art 22 Abs. 8 des Reglements: "Die Kosten für die Verkehrserschliessung nach Massgabe der Interessen zu Lasten der Grundeigentümerschaft". Die durchlässige Innenhofsituation und der grosszügige Bereich "Autobahnpark" welche geplant sind, lassen auf ein interessantes und ansprechendes Umfeld hoffen. Positiv ist, dass die Rad- und Fusswege bereits zu Baubeginn realisiert werden. Ebenfalls der vorgesehene erhöhte energetische Gebäudestandard welcher vorgesehen ist, entspricht ihren Vorstellungen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion steht dem Vorhaben, wie gesagt, positiv gegenüber und ist für Eintreten.

Martin Heiz, SVP-Fraktion, hofft, dass mit dem vorliegenden Bebauungsplan ein langer Leidensweg zu Ende geht und man bald bei der neuen Prodega einkaufen kann. Auf dieser Brache wird es immer grüner, so dass man nicht mehr sieht was dahinter ist. Es ist an der Zeit, dass man vorwärts macht. Das Ganze ist mit LuzernSüd abgestimmt. Wenn der Bebauungsplan auf die Gesamtplanung LuzernSüd abgestimmt wird, vertraut der Sprechende den zuständigen Personen, dass alles richtig gemacht wird. Deshalb soll nicht immer alles hinterfragt werden, denn sonst kommt man nicht weiter. Dies ist der letzte Bebauungsplan im Gebiet LuzernSüd, welcher im Einwohnerrat behandelt wird. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der BK und alle anderen wird sie ablehnen.

Die FDP-Fraktion findet laut Enrico Ercolani das Projekt sehr gut. Es dauerte aber sehr lange. Die FDP-Fraktion wird die Anträge der SP/JUSO-Fraktion ablehnen. Sie findet es schön, wenn die Bauherrschaft bereit ist einen Veloweg zu bauen. Die Prodega soll Nutzerin werden, denn dort holen vorwiegend Unternehmer Waren ab. Der Verkehr der Prodega ist nicht so gewaltig, als wenn es ein Einkaufscenter für Privatpersonen wäre. Im diesem Sinne unterstützt die FDP-Fraktion den Bebauungsplan und ist für Eintreten.

Den Bebauungsplan zum Areal Nidfeld in der Hand zu halten und darüber diskutieren zu dürfen löst in Yasikaran Manoharan, SP/JUSO-Fraktion, gemischte Gefühl aus. Für die vergangenen vier Jahre führte sein Schulweg zum Technikum fast täglich an der grössten und wohl oder übel auch an der traurigsten Baubrache in Kriens vorbei. Man kann sich nun durchaus die Frage stellen, weshalb denn traurig. Nun, als Jungsozialist sieht man in einem leerstehenden Gebäude oder auf einem grossen Gelände halt sehr viel Potenzial. Nämlich das Potenzial zur Zwischennutzung. Die Nachfrage nach günstigen Proberäumen, Platz für alternative Sportarten, Konzert- und Ausstellungsräume ist gross. Räume in denen man sich kreativ verwirklichen oder neue Ideen umsetzen kann, welche der Gesellschaft dienen. Halt Platz für Kultur und Austausch. Dass dieses Potenzial nach temporären Zwischennutzungen nicht ausgeschöpft wurde, nervt den Sprechenden auch heute noch. Vielleicht entdeckt die Gemeinde in Zukunft das Potenzial von Zwischennutzung. Aber um das geht es ja heute nicht, aber vielleicht sagt diese Haltung etwas über die Investoren aus. Die SP/JUSO-Fraktion freut sich jedenfalls, dass man heute über den Bebauungsplan zum Nidfeld reden kann. Nun scheint es wirklich so, dass in naher Zukunft auf dem Nidfeld gebaut werden kann. Es liegt aber in der Verantwortung des Einwohnerrates, dass die richtigen Leitplanken gesetzt werden, damit die Interessen der Gemeinde, sowie die Philosophie und Vision von LuzernSüd sinngemäss umgesetzt werden können. Auch wenn Yasikaran Manoharan zu Beginn seines Votums gegen den Investor und die Gemeinde gewettert hatte, muss man festhalten, dass ein sehr umfangreicher Bebauungsplan erstellt wurde. Sehr zu begrüssen sind die Bemühungen, einen ausgewogen Nutzungsmix mit einem hohen Wohnungsanteil auf dem Areal zu generieren. Es bleibt zu hoffen, dass auch bezahlbare Wohnungen darunter sind. Das monofunktionale Arbeitsgebiet in eine Mischzone umzuwandeln war die richtige Entscheidung. Auch das ein Netz von attraktiven öffentlichen Räumen für Fussgänger und Velofahrer geschaffen werden soll, findet die SP/JUSO-Fraktion eine gute Sache. Sie ist gespannt, ob das vorgeschlagene Mobilitätskonzept funktioniert. Doch wie soll man im Umgang mit dem Prodega/Howeg-Gebäude handeln? Grundsätzlich ist es ja eine gute Sache, dass ein Unternehmen, welches seit Jahren in Kriens ist auch weiterhin hierbleiben will. Weshalb aber das Projekt, welches sich im Baubereich C befindet nicht auch in das Konkurrenzverfahren einfliessen soll, leuchtet aus städtebaulicher Sicht nicht ein. Das Leitbild LuzernSüd verfolgt die Philosophie oder Vision, dass Quartiere und Areale als vernetzte Komposition geplant werden sollen. Und nicht als Teilstücke, welche nach Abschluss nicht miteinander funktionieren bzw. in den Aussenbereichen kein Leben stattfindet. Das Entwicklungspotenzial dieses Areals ist riesig. Die Chance muss jetzt genutzt werden, um eine zusammenhängende, qualitative, städtebauliche Überbauung zu erschaffen. Es ist ja nicht so, dass die SP/JUSO-Fraktion den Bau des Prodega/Howeg-Gebäudes verhindern will. Überhaupt nicht, sie begrüsst den Willen des Grundstückbesitzers seine Geschäfte auf dem Areal zu platzieren. Ihre Absicht ist es jedoch, dass sich das Prodega/Howeg-Gebäude städtebaulich gut in die Gesamtüberbauung einbindet. So äussern es ja auch die Bauwilligen selbst in den vorliegenden Unterlagen. Doch beim Vorgang müsste doch bei allen ein Fragezeichen auftauchen. Man stelle sich vor im Januar 2017 kommen die Bagger auf das Areal und stellen innerhalb eines angemessenem Zeitraums diesen Koloss auf. Zur Erinnerung ist es doch ein Abholungs- und Belieferungsgrosshandel. Vor dem inneren Auge nimmt man sich den TopCC, der neben dem Pilatusmarkt steht, verbreitert diesen drei Mal und verfrachtet ihn aufs Nidfeld. Aus ökonomischen Gründen werden solche Gebäude mit dieser Nutzung ziemlich einfach und funktional gebaut. Den dieser muss für seine äussere Erscheinung kein Blumentopf gewinnen. Die Volumetrie vom Gebäude ist ziemlich einfach gehalten, dieser nimmt keine Rücksicht auf die weiteren Baubereiche. Erstellt wird ein Flachbau in einer rechteckigen Form in der Länge von 96 m und einer Breite von 76 m. Das Gebäude ist nicht unterkellert, das heisst die Parkanlagen für die Prodega sind oberirdisch, innerhalb des Gebäudes angeordnet. Lärmtechnisch sicher nicht gerade die beste Lösung. Aufgrund des Prodega-Gebäudes entsteht eine unglaublich blöde Geometrie für die Erstellung der Tiefgarage für die Wohnungen und Büros. Denn unter dem Prodega Gebäude kann nachträglich nicht mehr unterkellert werden, da hier die Fundamente durchlaufen. Durch das Konkurrenzverfahren könnte das Prodega-Gebäude eine andere Form, eine harmonischere Fas-



sadengestaltung oder bessere Gestaltung des Aussenbereichs erhalten. Die Dimension auf dem Modellfoto, welche sich auf der Titelseite des B+A befindet, sollte doch allen zu denken geben. Können hier lebhafte Aussenbereiche geschaffen werden? Wer will sich in den Innenhöfen aufhalten oder will die Aussicht auf die Fassade der Prodega? Die Gestaltung der Aussenräume ist genauso wichtig, wie die gebaute Substanz. Die Vorstellung kann nicht sein, dass dieser Baukörper zuerst aufgestellt wird und anschliessend die Nachbargebäude sich an diesem anpassen müssen. Die Idee einer gesamtheitlichen Planung über das ganze Areal scheitert schon bei diesem Vorgehen. Die Coop verfolgt eine ökonomische Haltung, welche die SP/JUSO-Fraktion so nicht akzeptieren kann. Darum reicht sie den Antrag ein, der fordert, dass ein gemeinsames, qualitatives Konkurrenzverfahren über alle Baubereiche A, B und C durchzuführen ist. Damit auch die Qualitätssicherung unterstützt werden kann, ist es ihr wichtig, dass die Gewinner des Studienauftrags LuzernSüd auch im Fachpreisgericht dabei ist. Es wird sicher noch das Gegenargument kommen, dass die Prodega jetzt dringend bauen muss, da die technischen Einrichtungen nicht mehr dem heutigen Standard entsprechen. Doch der Bau der Prodega fängt frühestens im Januar 2017 an. Ob der Baustart nun um 6 oder 12 Monate verschoben wird, spielt dann keine Rolle. Denn das Problem mit ihren Kühlanlagen müssen sie für die nächsten zwei Jahre sowieso anders lösen. Der zweite Antrag bezieht sich auf die Parkplatzthematik. Vielleicht erläutert der Gemeinderat wie er zu der Parkplatzzahl von 650 gekommen ist. Gemäss Mobilitätskonzept entsprechen 650 PP = 67 %. Gemäss Reglement ist diese auf maximal 60 % zu reduzieren, was eine Maximalzahl von 575 PP ausmacht. Dies hat die SP/JUSO-Fraktion in ihrem Antrag zum Artikel 23 Variante B gefordert. Doch sie strebt die Variante A an, welche die maximale Parkplatzzahl auf 50 % reduziert. Hinsichtlich der Mobilitätsentwicklung im Mattenhof-Schlund Bereich, ist ein sensibler Umgang mit dem Verkehr und der Parkplatzverteilung zu forcieren. Auch das Bau-, Umwelt und Wirtschaftsdepartement, sowie das vif sind für eine Reduktion der Maximalzahl. Darum bittet die SP/JUSO-Fraktion ihren Antrag mit der Variante A anzunehmen. Sollte dies nicht genehmigt werden, bittet sie die Variante B zu unterstützen, der zumindest die richtige Maximalzahl festlegt. Die SP/JUSO-Fraktion setzt sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung ein. Sie bedankt sich beim Gemeinderat für die Erarbeitung des Bebauungsplans und hofft, dass ihre Anträge unterstützt werden.

Die Grüne/JG-Fraktion bedankt sich laut <u>Fabian Takacs</u> für die aufgearbeiteten Dokumente. Für sie ist klar, auf dem Nidfeld-Areal muss etwas gehen. Die Frage ist nur wie? LuzernSüd ist der Entwicklungsschwerpunkt im Raum Kriens, Horw und Luzern. Es ist ein Gebiet mit einem enormen Wachstumspotential. Damit man aber den leitenden LuzernPlus-Visionen von einem neuen, lebenswerten Stadtteil gerecht werden kann, braucht es langfristiges Denken und vor allem Qualität auf höchstem Niveau. Denn LuzernSüd ist heute schon nur ein Steinwurf von einem Verkehrskollaps entfernt. Die folgenden Punkte gilt es ihrer Meinung nach zwingend zu diskutieren: Infrastrukturverträge, Maximale Anzahl Parkplätze und Konkurrenzverfahren über alle Areale.

Infrastrukturverträge

Die Grüne/JG-Fraktion fordert, dass die Gemeinde Kriens die Investoren im Nidfeld bei der Mitfinanzierung von den für das Gebiet relevanten öffentlichen Ausgaben in die Pflicht nimmt. Der Gemeinderat hat versprochen, dass die Infrastrukturverträge dem Einwohnerrat in der 2. Lesung vorliegen. Die Grüne/JG-Fraktion nimmt ihn hier beim Wort. Sie hofft, dass der Gemeinderat dies heute noch bestätigt. Ist dem nicht so oder ist der Mitfinanzierungsgrad durch die Investoren zu mager, lehnt die Grüne/JG-Fraktion den B+A ab.

Maximale Anzahl Parkplätze / Antrag der SP

Überall leuchten die Warnhinweise dunkelrot. LuzernSüd steht die Blechlawine heute schon bis zum Hals. Schon heute, ohne neue Prodega, ohne unzählige Wohnungen und Arbeitsplätze im Schweighof, Mattenhof und Nidfeld hat man ein Verkehrsproblem. Wer für diese Tatsa-



che keine offenen Ohren hat, wird sich in Zukunft in LuzernSüd die Finger verbrennen. Es ist vielleicht nicht für jede Person ersichtlich, doch hat die Anzahl erlaubter Parkplätze einen eins zu eins Effekt auf die Verkehrsentwicklung auf den Strassen. Je mehr Parkplätze, desto mehr Verkehr. Das Angebot steuert die Nachfrage. LuzernPlus warnt in ihrem Grundlagenkonzept Verkehr schwarz auf weiss vor dem Verkehrsproblem in LuzernSüd: "Ein neuer, zukunftsfähiger Umgang mit dem Verkehr, vor allem mit dem Autoverkehr, ist zwingend nötig...Mit der Anzahl neuer Parkplätze muss restriktiv umgegangen werden. Bereits der Autoverkehr aus den bestehenden Parkplätzen führt zu einer hohen Auslastung einzelner Kreuzungen, Kreisel und Strassenabschnitte. Jeder zusätzliche Parkplatz verschärft die Situation." Auch die Warnblinker des Verkehrsverbunds Luzern leuchten ebenfalls auf Alarmstufe in der Stellungnahme vom 23. Juni 2015: "Wir stellen einleitend fest, dass nach wie vor an der hohen Zahl von 650 Parkplätzen festgehalten wird, was in diesem urbanen Raum in unseren Augen...ein falsches Zeichen darstellt. "LuzernSüd soll sich auto-arm entwickeln, so fordert es LuzernPlus und die involvierten Experten. Es ist ein urbanes, stadtnahes Gebiet, das bestens mit dem ÖV und dem Langsamverkehr erschlossenen ist. Und was macht der Einwohnerrat allen Warnhinweisen zum Trotz? Man hinkt einer Parkplatz-Ideologie des letzten Jahrhunderts nach. Man möchte 650 zusätzliche Parkplätze in einem Gebiet erlauben, dass heute schon mehr Auto fassen muss, als die Luzernerstrasse im Zentrum von Kriens zu Stosszeiten. Ein Gebiet in dem es regelmässig zu Verkehrsüberlastungen kommt. So viele Parkplätz sind nicht nur aus ökologischen Aspekten ein Fehlanreiz, sondern auch ökonomisch problematisch. Jeder Parkplatz mehr auf dem Nidfeld führt zu einer materiellen Entwertung anderer, noch nicht überbauter Grundstücken in LuzernSüd. Zukünftige Investoren bekommen irgendwann keine Parkplätze mehr bewilligt, da die Strassen übervoll sind. Die Reduktion von 959 auf 650 Parkplätzen, also von einem Drittel weniger Parkplätze als normvorgegeben, ist zwar besser als nichts, es ist aber immer noch eine zu kleine Reduktion. Bei dieser hohen Anzahl wirkt die vorgeschlagene Dosierungsmassnahme zur Regulierung bei der Ausfahrt auf das Strassennetz wie ein Alibi-Tropfen auf den heissen Asphalt. Der Einwohnerrat soll heute einmal mutig sein und LuzernSüd in eine unverpestete, auto-arme Zukunft weisen. Darum fordert die Grüne/JG-Fraktion eine stärkere Reduktion der erlaubten Anzahl Parkplätze und folgt dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion, die Anzahl Parkplätze wie im Antrag unter Variante A vorzufinden auf maximal 480 zu beschränken.

Konkurrenzverfahren über alle Baubereiche A,B,C

Die Grüne/JG-Fraktion befürwortet, dass auf dem Areal Nidfeld eine durchmischte Nutzung angestrebt wird. Gewerbe, Verkauf und Wohnungen auf einem Areal sind aus diversen raumplanerischen, steuer- sowie verkehrstechnischen Überlegungen wünschenswert. Damit das aber funktioniert und langfristig nachhaltig ist, braucht es arealübergreifende Qualität. Wie sieht die Situation mit dem vorliegenden B+A aus? Bei einer Annahme in der zweiten Lesung startet die zur Coop-Gruppe gehörende Transgourmet-Schweiz und deren Tochter Prodega mit dem Bau eines übergrossen Cash&Carry-Stores im Herzen von LuzernSüd. Im Zentrum des wahrscheinlich entwicklungsträchtigsten Areals von Kriens lässt man zuerst einmal eine dicke und verkehrsanziehende Mega-Kiste bauen. Was dann kommt, ist offen. Man hat kein Steuerungsinstrument in der Hand, das erlaubt, die Entwicklung auf dem Areal vorwärtszubringen. Sagt man in der 2. Lesung zu diesem B+A ja, dann kann der Bau der Wohnungen und der auf dem Model attraktiv aussehenden Umgebungsgestaltung und die Allee entlang der Nidfeldstrasse etc. noch Jahrzehnte auf sich warten lassen. Kriens sitzt dann auf der Prodega und gähnt, wie heute schon, über die nidfeld'sche Trostlosigkeit. Es ist richtig, dass man der Grossgrundbesitzerin Coop nicht vorschreiben kann, was sie zu bauen hat und was nicht. Man kann sie aber in die Pflicht nehmen und im Minimum Qualität fordern. Darum ist der Antrag der SP/JUSO-Fraktion, dass das Konkurrenzverfahren über das gesamte Areal, also über alle drei Baubereiche A, B und C abzuwickeln ist, ein wichtigstes Instrument. So steigt die Wahrscheinlichkeit, dass nicht nur eine Prodega gebaut wird und dann der Rest für Jahrzehnte brach liegt.



Im Klartext heisst dies, dass man sich nicht noch einmal von der Coop-Gruppe stressen lässt und schon gar nicht erpresst wird. Es hat nichts mit Investorenfeindlichkeit zu tun, wenn man der Prodega auf die Finger schaut und Qualität über das ganze Areal verlangt. Ausser enormen Mehrverkehr bringt die Prodega am Standort Nidfeld praktisch nichts. Die Grüne/JG-Fraktion möchte Naturaplan und nicht Prix-Garantie in LuzernSüd. Sie ist für Eintreten, behält sich aber in der zweiten Lesung eine Ablehnung des B+A vor, falls es nicht die erwähnten Anpassungen bei Parkplätzen, Infrastrukturverträgen und flächendeckender Qualität kommt.

Matthias Senn bedankt sich bei den Mitgliedern des Einwohnerrates für die intensive Auseinandersetzung mit der Vorlage. Weiter bedankt er sich bei der Coop und Losinger-Marazzi für die konstruktive Zusammenarbeit und die Geduld. Die politisch umstrittenen Punkte sind in den Anträgen enthalten, wie die Finanzierung, das Konkurrenzverfahren mit oder ohne Prodega und die Anzahl Parkplätze. Die Haltungen des Gemeinderates wird er bei den Anträgen ausführen. Von der Grüne/JG-Fraktion wurden die Infrastrukturverträge noch genannt. Dieser Vertrag liegt im Entwurf vor. Dieser wird mit der Coop und Losinger-Marazzi diskutiert. Das Ziel ist nach wie vor, dass in der 2. Lesung der Art. 7 gestrichen werden kann, weil eigentlich alles unterschrieben ist und dieser nicht mehr gebraucht wird.

Cyrill Wiget informiert noch über das weitere Vorgehen des Parkplatzreglements im Bereich LuzernSüd. Der Gemeinderat ist daran dies zu machen. Anfang 2016 wird dem Einwohnerrat das Verkehrskonzept LuzernSüd vorgelegt und erst danach das Parkplatzreglement. Es ist sinnvoller zuerst die Strategie vorzulegen und dann die entsprechenden Reglemente. Es heisst aber nicht, dass mit dem heutigen Parkplatzreglement keine Minderungen gemacht werden dürfen. Minderungen sind jederzeit erlaubt.

<u>Thomas Lammer</u> stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Reglement

Art. 6 Konkurrenzverfahren

<u>Cla Büchi</u> möchte anfügen, dass man das Foto des Models auf der Titelseite des B+A ansehen soll. Die Prodega ist eine sehr grosse Baute. Es ist schwierig diese Baute städtebaulich einzugliedern. Darum ist es extrem wichtig, dass der Baubereich C auch Bestandteil des Wettbewerbsverfahrens ist.

Art. 6 Konkurrenzverfahren

Yasikaran Manoharan stellt im Namen der SP/JUSO-Fraktion folgenden Antrag:

¹ Es ist ein gemeinsames, qualitatives Konkurrenzverfahren über alle Baubereiche A, B und C durchzuführen. sofern zum Zeitpunkt der Ausschreibung des Konkurrenzverfahrens kein Baugesuch für den Betrieb des gewerblichen Abholungs- und Belieferungsgrosshandels im Baubereich C eingereicht worden ist. Wird das Baugesuch des gewerblichen Abholungs- und Belieferungsgrosshandels vor der Ausschreibung eingereicht, untersteht der Baubereich C nicht der Pflicht für ein Konkurrenzverfahren, und es ist ein gemeinsames, qualitatives Konkurrenzverfahren für die Baubereiche A und B durchzuführen.



² Im Fachpreisgericht von Konkurrenzverfahren muss <u>je</u> eine Vertretung des Beirats Städtebau LuzernSüd <u>und des Siegerteams Ernst, Niklaus, Fausch Architekten aus dem Studienauftragsverfahren Einsitz nehmen.</u>

Um eine hohe städtebauliche Qualität zu schaffen, muss man das Areal Nidfeld gesamthaft Entwickeln.

Die SVP-Fraktion opponiert gemäss Martin Heiz diesem Antrag. Er soll so belassen werden, wie er im Reglement drin ist. Der Beirat ist der Übergeordnete, der sagen soll wo es hingeht. Der Sprechende weiss gar nicht, ob das Siegerteam noch am Projekt LuzernSüd dran ist oder ob bereits ein anderes Team die Weiterbearbeitung macht. Er sieht keinen Sinn, dies im zweiten Absatz zu ergänzen. Der Absatz 1 soll auch so belassen werden, damit die Prodega endlich bauen kann. Man wird es schaffen, dass es anständig aussieht.

Der Gemeinderat empfiehlt laut Matthias Senn die Ablehnung der beiden Anträge. Mit diesem Bebauungsplan ist die Prodega städtebaulich geklärt. Die Vorgaben über den richtigen Standort der Prodega wurden vom Beirat LuzernSüd erarbeitet. Anlässlich der letzten Sitzung des Beirats wurde entschieden, dass die Prodega Richtung Autobahn verschoben werden soll. Der Autobahnpark muss nicht so breit sein, wie es ursprünglich angedacht war. Es ist besser, wenn in der Mitte des Areals mehr Freiraum geschaffen werden kann. Es ist nun auf den Meter genau definiert, wo die Prodega steht. Dass es ein Kubus ist, ist unbestritten. Die architektonischen Möglichkeiten sind jedoch auch beschränkt. Die Dach- und Fassadengestaltung muss noch entwickelt werden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass diesbezüglich genügend Bestimmungen im Reglement enthalten sind. Die Prodega hat bereits ein Baugesuch an dem Tag eingereicht, an welchem das BZR im Einwohnerrat verabschiedet wurde. Darin wurde bestimmt, dass in diesem Gebiet eine Bebauungsplanpflicht gelten soll. Deshalb ist man heute mit diesem Baugesuch noch nicht weiter und es ist noch pendent. Es macht schon etwas aus, ob man nun das Konkurrenzverfahren abwarten muss. Das Baugesuch muss nun noch etwas abgeändert werden, da die Lage geändert hat. Im Prinzip kann dieses schnell nach Rechtskraft des Reglements genehmigt werden. Wenn aufgrund des Konkurrenzverfahrens ein neues Baugesuch ausgearbeitet werden muss, dann dauert es wieder etwa 1.5 - 2 Jahre. Schon damals beim BZR wurde argumentiert, dass die technischen Anlagen der Prodega in der Kuonimatt ihr Lebensende erreicht haben und deshalb eine gewisse Dringlichkeit besteht eine neue Anlage zu beziehen. Die Coop hat nun die Übergangslösung geschaffen, da sie weniger Lager und Kühlkapazität im Kuonimatt hat, hat sie ein neues Lager in Neudorf bei Härkingen. Diese Ware wird täglich nach Kriens transportiert. Dies sind 20 Fahrten pro Tag à 60 km. Wenn man von einer Umweltverträglichkeit spricht, müsste es das Ziel sein, dass die Prodega möglichst schnell realisiert werden kann. Der Gemeinderat beantragt, diesen Antrag abzulehnen.

Der zweite Vorschlag ist, dass das Siegerteam in die Jury aufgenommen wird. Dies soll auch abgelehnt werden, weil diese eine andere Funktion hat. Das Siegerteam diente auch als Vorprüfungsinstanz. Sie prüfte, ob der Bebauungsplan mit den städtebaulichen Vorgaben von LuzernSüd übereinstimmen. Der Beirat machte dann die abschliessende Beurteilung. Der Gemeinderat sieht dies auch im Konkurrenzverfahren. Wenn Wettbewerbsentwürfe eingereicht werden, werden diese technisch vorgeprüft. Einerseits wird von der Abteilung Planungen/Baugesuche geprüft, ob alle Baureglemente eingehalten sind und auch ob verkehrliche Fragen geklärt wurden. Andererseits wird es dem Siegerteam zur Überprüfung gegeben. Der Gemeinderat möchte die Aufgabenteilung beibehalten. Am Schluss entscheidet dann die Jury darüber, welches das beste Projekt ist.



Abstimmung Antrag Gemeinderat (gemäss B+A), gegenüber Antrag SP/JUSO-Fraktion (Streichung & Ergänzung):

Mit 20:10 Stimmen und einer Enthaltung wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Berger, Rita	GR: gemäss Vorlage
Bienz, Bruno	SP/JUSO: Streichung & Ergänzung
Bienz, Viktor	GR: gemäss Vorlage
Büchi, Cla	SP/JUSO: Streichung & Ergänzung
Burkhardt-Künzler, Anita	GR: gemäss Vorlage
Camenisch, Räto	GR: gemäss Vorlage
Ercolani, Enrico	GR: gemäss Vorlage
Erni, Roger	GR: gemäss Vorlage
Fässler, Peter	SP/JUSO: Streichung & Ergänzung
Fluder, Hans	GR: gemäss Vorlage
Graber, Kathrin	GR: gemäss Vorlage
Graf, Alfons	GR: gemäss Vorlage
Heiz, Martin	GR: gemäss Vorlage
Kaufmann-Wolf, Christine	GR: gemäss Vorlage
Kobi, Tomas	SP/JUSO: Streichung & Ergänzung
Koch, Patrick	GR: gemäss Vorlage
Manoharan, Yasikaran	SP/JUSO: Streichung & Ergänzung
Marty, Robert	GR: gemäss Vorlage
Mathis-Wicki, Judith	GR: gemäss Vorlage
Meyer, Pascal	GR: gemäss Vorlage
Nyfeler, Nicole	Enthaltung
Piras, Davide	GR: gemäss Vorlage
Portmann, Peter	GR: gemäss Vorlage
Schmid, Rolf	GR: gemäss Vorlage
Schmutz, Manuel	SP/JUSO: Streichung & Ergänzung
Schwizer, Roland	GR: gemäss Vorlage
Spörri, Raphael	SP/JUSO: Streichung & Ergänzung
Takacs, Fabian	SP/JUSO: Streichung & Ergänzung
Tschümperlin, Erich	SP/JUSO: Streichung & Ergänzung
Urfer, Mario	SP/JUSO: Streichung & Ergänzung
Zosso, René	GR: gemäss Vorlage

Art. 17 Abs. 3 Bereich Strassenraumgestaltung Nidfeldstrasse (Südallee)

Die BK stellt gemäss <u>Martin Heiz</u> folgenden Antrag: *Die Gestaltungsmassnahmen des Bereichs Strassenraumgestaltung Nidfeldstrasse (Südallee) gehen nach Massgabe der Interessen-zu Lasten der Grundeigentümerschaft.*

Durch die Streichung der Wörter sollte dieser Satz verständlicher werden. Vielleicht hat der Gemeinderat noch Erklärungsbedürfnis, was dies genau heissen soll, wenn man es beibehält.

Gemäss Matthias Senn ist dem Gemeinderat nun klar, weshalb dieser Antrag zu Stande kam. Zum heutigen Zeitpunkt weiss man noch nicht, wann die Nidfeldstrasse zu einer Südallee ausgebaut wird. Die Bauherrschaft der Nidfeldstrasse ist die Gemeinde. Es wird ein Perimeter erstellt. Man schaut, dass die angrenzenden Areale dies aufgrund verschiedener gesetzlicher Grundlagen mitfinanzieren. Die Gemeinde wird die Nidfeldstrasse realisieren und damit ein allfälliger Busstreifen, der auf das Grundstück des Areal Nidfeld kommt. Wenn es gleichzeitig gebaut wird, baut die Gemeinde den öffentlichen Teil und die Privaten den privaten Teil.

Dem Antrag der BK wird nicht opponiert und wird so überwiesen.



Art. 23 Parkplätze

Die SP/JUSO-Fraktion stellt laut Yasikaran Manoharan zwei Anträge gegenüber:

VARIANTE A

¹ Das Gebiet Nidfeld ist dem Standort-Typ C zugeordnet. Insgesamt sind höchstens <u>480</u> Parkplätze zulässig, sofern ein hoher Wohnanteil von 60 % vorgesehen ist. Wird ein tieferer Wohnanteil realisiert, ist die maximal zulässige Parkplatzzahl um die für das Wohnen nicht benötigte Anzahl Parkplätze zu reduzieren. Die Berechnung der Parkplätze gemäss Absatz 2 darf die Gesamtzahl der Parkplätze gemäss Abs. 1 hierbei nicht überschreiten.

² Das Parkplatzangebot ist im Rahmen der Baugesuche aufgrund der effektiven Nutzungen und auf der Grundlage der VSS Norm SN 640 281 zu bestimmen. Die gemäss VSS-Norm ermittelten Normparkplätze sind auf maximal 50 % zu reduzieren.

<u>Yasikaran Manoharan</u> führt aus, dass hinsichtlich der Entwicklung in diesem Stadtviertel ein sensibler Umgang mit dem Verkehr, sowie Parkplatzverteilung nötig ist. Daher verlangt die SP/JUSO-Fraktion eine Reduktion der Normparkplätze auf maximal 50 %.

Der Standorttyp C verlangt die Reduktion der Parkplatzzahl auf 50 % - 80 % des Normbedarfs. Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement hält in ihrer Stellungnahme fest, dass gestützt auf den Vorschlag neues Parkierungsreglement LuzernSüd vom 13. November 2014 eine Reduktion der Parkplatzzahlen auf 50 % - 60 % des Normbedarfs nach VSS vorzusehen sei. Das vif empfiehlt den Bereich herunter zu schrauben.

VARIANTE B

1 Das Gebiet Nidfeld ist dem Standort-Typ C zugeordnet. Insgesamt sind höchstens <u>575</u> Parkplätze zulässig, sofern ein hoher Wohnanteil von 60 % vorgesehen ist. Wird ein tieferer Wohnanteil realisiert, ist die maximal zulässige Parkplatzzahl um die für das Wohnen nicht benötigte Anzahl Parkplätze zu reduzieren. Die Berechnung der Parkplätze gemäss Absatz 2 darf die Gesamtzahl der Parkplätze gemäss Abs. 1 hierbei nicht überschreiten.

Gemäss Mobilitätskonzept entsprechen 959 Parkplätze 100 %. Demzufolge sind 650 Parkplätze 67 %. Da die Maximalgrenze 60 % beträgt, muss die Maximalzahl auf 575 Parkplätze reduziert werden. Die Aussage, dass 60 % 650 Parkplätzen entsprechen ist falsch. Die Änderung ist nur eine Richtigstellung. Gemäss rechtsgültigem Parkplatzreglement der Gemeinde Kriens dürften auf dem Areal 959 Parkplätze realisiert werden. Die Herabsetzung der Anzahl Parkplätze auf 650 entspricht einer Reduktion um 33 %.

René Zosso hat in seinem Eintretensvotum von diesem Reglement gesprochen. Cyril Wiget teilte mit, wie der Zeitplan aussieht. Es wurde jedoch nicht informiert, ob das Reglement Einfluss auf dieses Projekt hat.

<u>Kathrin Graber</u> hat auch eine Frage in Bezug auf die Parkplätze. Wenn sie den Antrag liest, sieht es so aus, als würde hier ein Berechnungsfehler vorliegen. Liegt ein Berechnungsfehler vor? Wie kam der Gemeinderat auf die Anzahl Parkplätze?



Gemäss <u>Cla Büchi</u> weisen fast alle in ihren Stellungnahmen darauf hin, dass diese Parkplatzzahl zu hoch ist. Er zitiert aus der Stellungnahme des vif: "Trotzdem werden mehr Parkplätze angeboten, als im Vorschlag "neues Parkierungsreglement Luzern Süd vom 13.11.2014" festgelegt. Auch der angestrebte Modal Split des Grundkonzepts Verkehr LuzernSüd vom 5. Dezember 2014 wird nicht erreicht. "LuzernPlus schreibt im Grundkonzept Verkehr LuzernSüd: "Es ist die Politik, die steuert ohne den Willen und das Durchhaltevermögender Politik ist deshalb die angedachte Entwicklung in LuzernSüd gar nicht möglich. Es braucht Politiker und Politikerinnen mit Mut zur heute teils unpopulären jedoch zukunftsfähigen Vorgaben und Entscheiden. Nur so können die Entwicklungen nach innen und das Schaffen eines attraktiven Lebensraums mit hoher Qualität in LuzernSüd ohne Ausbau der Strassenkapazität gelingen." Wenn man nun beginnt so hohe Parkplatzzahlen zu bewilligen, wie sieht es dann aus wenn andere Investoren mit neuen Bebauungsplänen kommen und man merkt, dass man bereits ein Überangebot auf den Strassen hat. Wie erklärt man diesen, dass sie nur noch 50 % oder sogar noch weniger Parkplätze verwirklichen können. Es darf nicht sein, dass sich das Sprichwort bewahrheitet: Die Letzten beissen die Hunde.

Gemäss <u>Bruno Bienz</u> muss man sich die Frage stellen, was das Beste für Kriens ist. Diese Frage muss jeder für sich selber klären und verantworten. Es kann nicht das Ziel sein, dass der Verkehr in LuzernSüd zum Erliegen kommt. Es sind verschiedene Grossprojekte geplant und deshalb braucht es auch ein Vorausschauen aus dem Einwohnerrat. Auch zukünftige Investoren sollten den nötigen und machbaren Spielraum erhalten.

Enrico Ercolani schätzt es sehr, dass die Grüne/JG-Fraktion Vorstösse einreicht, die das Gewerbe unterstützen. Jedoch findet er es nicht so gut, wenn diese dann bei anderen Geschäften das Gewerbe in irgendeiner Art versucht zu behindern. Die Strasse im Gebiet Kuonimatt fährt der Sprechende täglich. Am meisten Probleme gibt es, wenn es auf der Autobahn einen Unfall gegeben hat. Sonst hatte er noch nie Probleme, auch nicht während den Stosszeiten. Es kann Mal vorkommen, dass man anstatt 10 Sekunden eine halbe Minute vor dem Kreisel Mattenhof steht. Das ist kein Verkehr, der zu viel ist. Der Sprechende ist davon überzeugt, dass wenn die 650 Parkplätze realisiert werden, wird es kein Verkehrszusammenbruch geben. Denn diese sind am Morgen sowie am Abend während den Stosszeiten unterwegs. Am Tag besteht schon fast die Möglichkeit auf dieser Strasse Fussball zu spielen. Er geht davon aus, dass die Bauherrschaft sehr genau berechnet hat, was gebraucht wird, damit das Gewerbe einwandfrei funktionieren kann und dass die Bewohner einen Parkplatz haben. Den Wunsch, dass in Zukunft alle aufs Fahrrad umsteigen, muss man vergessen. Man wird immer Autos wollen und brauchen. Dieser Zuwachs von Menschen in der Schweiz generiert automatisch einen Mehrverkehr, der nicht verhindert werden kann. Enrico Ercolani bittet darum, dass die 650 Parkplätze bewilligt werden.

Für <u>Pascal Meyer</u> ist es wichtig, dass in LuzernSüd eine urbane Stadtentwicklung stattfindet. In diesem Sinne ist es auch sinnvoll, dass diese Parkplätze reduziert werden. Er vergleicht die Verkehrsentwicklung mit der Energie. Die günstigste Energie ist die, die man gar nicht braucht. Beim Verkehr ist es die einfachste Massnahme, wenn dieser bereits bei der Wurzel reduziert wird, indem weniger Parkplätze gebaut werden.

Räto Camenisch erläutert, dass vor wenigen Jahren das Volk das Fahrtenmodell in diesem Gebiet abgelehnt hat. Man soll auch auf die Krienser Bevölkerung Rücksicht nehmen. Die Krienser Bevölkerung wollte nicht, dass man dort restriktiv hineinfährt. Nun versucht man dies über die Hintertüre mit LuzernPlus usw. Gemäss Parkplatzreglement der Gemeinde Kriens könnten 900 Parkplätze gebaut werden. Mit dem Bauunternehmer ist man nun auf 650 Park-



plätze zurückgegangen. Dies wurden nach VSS-Normen vorgenommen. Bei 300 Wohnungen und 1.3 Parkplätzen pro Wohnung, macht dies 400 Parkplätze. Dann bleiben noch 250 Parkplätze für die Mitarbeiter und Kunden der Prodega übrig. Das ist überhaupt nicht übertrieben. Wie es Enrico Ercolani schon gesagt hat, ist der Verkehr auf dieser Strasse nicht das Problem. Wenn man ein paar Minuten vor einem Kreisel warten muss, ist dies noch kein Grund. Im Übrigen haben die Bauherren zu einem Dosierungssystem bei der Ausfahrt eingewilligt. Er bittet darum beim Kompromiss von 650 Parkplätzen zu bleiben.

<u>Judith Mathis-Wicki</u> möchte auf die Ziffern 3 und 4 des Artikels 21 zu sprechen kommen. Sie möchte vom Gemeinderat wissen, welche Massnahmen ergriffen werden und wie das konkret aussieht bezüglich des Verkehrs-Monitoring und -Controlling und wenn der Schwellenwert von 200 Fahrten in den Abendspitzenstunden überschritten wird. Dort werden sich eventuell die Geister scheiden, wenn die Leute lange im Parkhaus warten müssen. Auf diesen Punkten wird die Sprechende den Finger drauf haben, wenn es dann soweit ist. Im Moment ist es schwierig zu sagen, wie viele Parkplätze es leiden mag, wenn man noch kein Gesamtkonzept zum gesamten Gebiet LuzernSüd hat.

Erich Tschümperlin ist erstaunt über die Aussage, dass der Verkehr in diesem Gebiet kein Problem sei. Heute wird die Interpellation Koch "Staufreies Kriens" behandelt, welcher genau das Gegenteil behauptet. Einmal ist der Verkehr das grösste Problem und ein anderes Mal ist es kein Problem mehr. Abgesehen davon, wenn irgendwo Parkplätze reduziert werden können, dann dort wo es die beste Erschliessung hat. Im Gebiet LuzernSüd wird es eine einwandfreie Erschliessung mit dem ÖV und Velowegen in die Stadt geben. Mit der Reduzierung der Parkplätze kann man lenkend eingreifen. Man möchte einen attraktiven und urbanen Wohnraum. Die Reduktion der Parkplätze ist verträglich und machbar.

<u>Yasikaran Manoharan</u> erklärt, dass LuzernSüd die Strategie verfolgt, dass von Eichhof West bis nach Horw möglichst autoarme Gebiete geschaffen werden können. Deshalb forciert man auch einen starken Zuwachs des ÖV-Angebots. Es werden Buslinien und neue Velowege geschaffen und der Bahnhof Mattenhof wird umgebaut. Schlussendlich ist es komisch, wenn ein Überangebot an Parkplätzen gemacht wird. Natürlich hat man heute noch nicht so Probleme mit dem Verkehr. Wenn das ganze Gebiet LuzernSüd ausgebaut ist, sieht es dann nicht mehr so rosig aus.

Gemäss <u>Davide Piras</u> gibt es einige Einwohnerräte, die mit ihm zusammen in der Mall of Switzerland in Ebikon waren. Dort präsentierte LuzernPlus das Verkehrskonzept. Dieses zeigten auf, wie viele Parkplätze ein Gebiet im Zusammenhang mit dem ganzen Verkehr in der K5 Strasse und der ganzen Gemeinde zusammen benötigt. Er nahm mit, dass man nicht schauen muss wie viel das Gebiet Nidfeld schlucken kann, sondern ob es das ganze Gebiet schlucken kann. Dieses Verkehrskonzept braucht man heute. Deshalb hat man nun die Diskussion darüber ob es zu viele Parkplätze sind oder nicht. Man weiss es schlicht nicht. Anhand des Verkehrskonzepts könnte man heute entscheiden. Die 2. Lesung dieses B+A's sollte im Januar 2016 in den Einwohnerrat kommen. Dann kann man dort sagen, ob es zu viele oder zu wenige Parkplätze sind. Bis dann ist man nicht handlungsfähig, um eine gute und richtige Entscheidung für Kriens zu treffen.

Martin Heiz meint, dass man darauf aufpassen soll, was man in der 2. Lesung macht. Nach der 1. Lesung wird der Bebauungsplan öffentlich aufgelegt. Wenn es in der 2. Lesung noch Änderungen gibt, muss man diesen wieder auflegen und geht in eine Ehrenrunde. Der Spre-



chende benutzt die Nidfeldstrasse als Nebenstrasse, wenn er in die Migros möchte und auf der Luzernerstrasse Stau ist. Er wartet an keinem Kreisel mehr als fünf Sekunden. Er ist auch immer während den Stosszeiten unterwegs. Er fährt jeden Tag nach Rotkreuz. Der Verkehr in Kriens ist Peanuts im Gegensatz zu dem Verkehr auf der Autobahn. Man muss auch sehen, dass die Prodega keine Migros ist. In der Prodega geht man nicht einfach nur ein Gipfeli kaufen. Die Prodega ist ein Abholmarkt und braucht Parkplätze, weil dort grosse Mengen an Lebensmitteln gekauft werden. In dieser Überbauung werden auch um die 1'000 Arbeitsplätze sein. Diese brauchen auch gewisse Parkplätze. Die Parkplatzzahl kann immer noch angepasst werden. Die definitive Nutzung kennt man heute noch nicht. Das Einzige was sicher ist, ist das die Prodega dort gebaut wird. Ob die 60 % Wohnen erreicht wird, ist fraglich. Diese Diskussion wird noch weiter gehen. Die heute vorliegende Zahl ist für den Sprechenden vernünftig und möchte daran festhalten. So kann die Bauherrschaft mit einem vernünftigen Rahmen mit der weiteren Planung starten.

Enrico Ercolani möchte noch etwas zum Investor loswerden. Es ist klar, dass viele Personen Autos haben, die im Alltag mehr Velo fahren. Dies ist auch richtig so. Er kann sich vorstellen, dass in diesem Gebiet mit der guten Anbindung an den ÖV auch viele Personen diesen nutzen werden. Diese haben trotzdem noch ein Auto, weil sie damit einen Ausflug machen möchten. Wenn Parkplätze verhindert werden, hat dies eventuell zur Folge, dass der Investor keine Wohnungen vermieten kann, weil er keine Parkplätze hat. Das kann es nicht sein. Die Gemeinde ist an Wohnungen und Steuerzahlern interessiert. Der Sprechende ist der Meinung, dass die 650 Parkplätze an der unteren Grenze ist, wenn 300 Wohnungen gebaut werden.

Rolf Schmid findet es richtig, dass die Anzahl Parkplätze bei einer solchen Überbauung hinterfragt wird. Es ist aber auch richtig, dass aufgrund der Grösse Parkplätze gebraucht werden. Ein Abholmarkt wie die Prodega braucht eine gewisse Anzahl Parkplätze, damit es überhaupt funktionieren kann. Ein Verkehrskonzept wäre hier sehr hilfreich. Da man von über 900 Parkplätzen auf 650 heruntergegangen ist, ist man bereits einen Kompromiss eingegangen. Diesen könnte der Sprechende auch eingehen.

Gemäss <u>Bruno Bienz</u> hat Enrico Ercolani gerade etwas überventiliert. In der Stadt gibt es auch keine oder sehr wenige Parkplätze und diese Wohnungen sind trotzdem heiss begehrt. In der heutigen Zeit ist der Parkplatz kein Problem mehr, vor allem wenn alles mit dem ÖV gut erschlossen ist.

Robert Marty führt aus, dass in der Stadt sehr viele Parkplätze abgebaut wurden. Dadurch wurde aber der Verkehr sehr verlangsamt, weil alle auf der Suche nach einem freien Parkplatz sind. Es ist falsch zu glauben, dass das Auto heute nicht mehr gebraucht wird. Die Gesellschaft nimmt das, was am bequemsten ist, ob es das Velo, der Bus oder das Auto ist. Man muss einfach aufhören die Verkehrsmittel gegeneinander auszuspielen. Im Gebiet LuzernSüd gibt es ein fantastisches Angebot mit dem Veloweg und man braucht auch für die Autofahrer ein Angebot. Die 650 Parkplätze in diesem Quartier ist bescheiden.

Laut <u>Cla Büchi</u> nehmen die verschiedenen Amtsstellen Bezug auf das Reglement. Anscheinend liegt ein Entwurf eines Reglements vor. Es wäre interessant, was dort drin steht. Vielleicht kann der Gemeinderat darüber Auskunft geben. Wenn man im Gebiet die Parkplatzzahlen steuern möchte, geht das über die Ausnützungsziffer. Im Bebauungsplan Nidfeld hat man eine ungefähre Ausnützungsziffer von 2.0. Das sind absolut städtische Verhältnisse, wie in der Luzerner Innenstadt. Wenn man das Gefühl hat, dass man den Verkehr nicht möchte,



muss man halt die Ausnützungsziffer hinuntersetzen. Der Sprechende ist damit einverstanden, dass man dicht baut. In Luzern an der Industriestrasse plant man mit autoarmen Bedingungen. Das sind Reduktionen von 20 - 50 %. Das wird die Zukunft in den Städten sein. Kriens ist mit 60 - 67 % sehr hoch.

Matthias Senn kommt auf die Frage, wie diese Zahl ermittelt wurde. Diese wurde zu einem frühen Planungszeitpunkt ermittelt, als es noch kein Verkehrskonzept LuzernSüd gegeben hat. Man ist damals von der maximalen Ausnützung von 80'000 m² ausgegangen. Es wurde ein Abstellplatz pro 80 m² angenommen. Somit kam man auf den Normbedarf von 1'000 Abstellplätzen. Dies wurde dann auf die 65 % reduziert. Im weiteren Planungsverfahren wurde verifiziert, ob man gegenüber der Untersuchungen LuzernSüd komplett daneben liegt. Einerseits gab es die Parkplatzberechnung anhand des Mobilitätskonzepts von 959. Somit lag man mit den 1'000 Abstellplätzen nicht so falsch. Weiter gab es eine Verifizierung des Planteams, welches andere Annahmen getroffen hat. Diese haben mit 48'000 m² Wohnen und 32'000 m² Gewerbe gerechnet und kamen auf einen Normbedarf von 1'548 Abstellplätze. So sind die 650 Parkplätze nur 42 % des Normbedarfs. Man weiss heute gar noch nicht genau, wo die theoretische Zahl liegt. Gemäss dem heutigen Parkplatzreglement kommt man auch auf diese Zahl. Deshalb ist es wichtig, dass ein oberes Limit definiert wird, welche nicht angehoben werden kann, auch wenn der Normbedarf höher wäre. Im Prozess wurde bis im letzten Moment an der Fahrtenzahl gearbeitet. Bei den Abendspitzenstunden lag man schon bei 240 und am Schluss reduzierte man auf 200. Im Moment gibt es noch keine konkrete Umsetzung. Es ist technisch möglich, dass mit einem Verkehrsmanagement alle Arealausfahrten gesteuert werden können. Aufgrund der möglichen Dosierung werden die Ausfahrten mit Hilfe der Barriere freigegeben. Im Prinzip wird ein Signal erscheinen, wenn der Verkehr auf dem übergeordneten Strassennetz überlastet ist. Dies ist jedoch nur die Theorie. Dies hat man bereits beim Bebauungsplan beim Pilatus Markt im Schlund festgelegt. Es sind alle Anlagen vorhanden, aber es ist nicht bekannt, dass die Ausfahrten schon jemals dossiert wurden.

Gemäss Cyrill Wiget wird das Gesamtverkehrskonzept der Gemeinde Kriens voraussichtlich im Dezember 2015 im Einwohnerrat behandelt. Später wird man dann über das Grundkonzept im Gebiet LuzernSüd diskutieren und in der Folge über das Parkplatzreglement. Es wird wahrscheinlich nicht mehr möglich sein mit dem neuen Parkplatzreglement auf diesen Bebauungsplan Einfluss zu nehmen. Es wäre aber gar nicht richtig. Im Rahmen eines Bebauungsplans entscheidet schlussendlich der Einwohnerrat. Der Sprechende kommt auf die Frage zu sprechen, wie das Verkehrs-Monitoring und -Controlling abläuft. Er verweist auf den Regelkreis in der Beantwortung der Interpellation Koch "Staufreies Kriens". Darin wurde festgehalten, wie man den Verkehr in Zukunft in LuzernSüd steuern kann. Davide Piras wollte ein fertiges Konzept, welches genau Auskunft darüber gibt, wo es wie viele Parkplätze geben soll. In der aktuellen Verkehrsplanung geht man nicht mehr davon aus, dass ein Verkehrssystem als Glocke betrachtet wird, sondern es hat eine grosse Dynamik, weil die Politik immer wieder steuernd eingreifen muss. Zum Teil erfolgt dies über freiwillige Massnahmen und zum Teil auch über steuernde Massnahmen. Dies wird man nicht umgehen können. Diese Mechanismen möchte der Gemeinderat im Januar im Einwohnerrat besprechen. Cla Büchi hat es auf den Punkt gebracht. Die Fachstellen sprechen alle von einem Konzept, welches der Einwohnerrat noch nicht gesehen hat. Das ist schon ungeschickt. Dies gefällt dem Gemeinderat auch nicht, weil man in der Politik in der Lage sein soll, dass diese Instrumente vor der Entwicklung eines Gebiets vorliegen. Die Erarbeitung eines Konzepts braucht 1-2 Jahre Ingenieurplanungen. Aufgrund der Integration in diesen Prozess ist der Kanton sowie die VBL darüber informiert und die Einwohnerräte noch nicht. Dass sich die Amtsstellen in ihren Stellungnahmen auf dieses Konzept beziehen zeigt, dass sie hinter dem Prozess stehen. Die Politik muss dies noch nachholen. Deshalb ist man gerade in einer Übergangslösung, welche es schwer macht.



Erich Tschümperlin hat sich aufgrund des Stichwortes von Cla Büchi überlegt, dass Kriens Luzern um seine städtischen Verhältnisse und die guten Steuerzahler beneidet. Luzern hat ein wesentlich höheres Steuersubstrat als Kriens. Warum ist Luzern als Wohnort beliebter als Kriens? Warum hat Luzern die besseren Steuerzahler? Luzern plant anders und ist innovativer. Ein Beispiel ist die Tribschenstadt. Er kennt einige Leute, die dorthin gezogen sind. Es ist sehr wohnlich. Es bringt nichts in LuzernSüd lenkend einzugreifen, wenn man sieht, dass es nicht anders geht. Es gibt überall Verkehrskollapse. Wenn man hier keinen mutigen Entscheid fällt, plant man wie vor 20 Jahren und lauft in die gleichen Fehler.

<u>Thomas Lammer</u> erklärt, dass wenn ein Antrag bei der Abstimmung mehr als 16 Stimmen erreicht, wird über die andere Variante nicht mehr abgestimmt. Ansonsten werden die beiden obsiegenden Anträge bei einer weiteren Abstimmung gegenüber gestellt.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gemäss B+A), gegenüber Antrag SP/JUSO-Fraktion (Variante A) und gegenüber Antrag SP/JUSO-Fraktion (Variante B): Mit 18:12:0 Stimmen wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Berger, Rita	GR: 650/60
Bienz, Bruno	SP/JUSO: Variante A 480/50
Büchi, Cla	SP/JUSO: Variante A 480/50
Burkhardt-Künzler, Anita	GR: 650/60
Camenisch, Räto	GR: 650/60
Ercolani, Enrico	GR: 650/60
Erni, Roger	GR: 650/60
Fässler, Peter	SP/JUSO: Variante A 480/50
Fluder, Hans	GR: 650/60
Graber, Kathrin	GR: 650/60
Graf, Alfons	GR: 650/60
Heiz, Martin	GR: 650/60
Kaufmann-Wolf, Christine	GR: 650/60
Kobi, Tomas	SP/JUSO: Variante A 480/50
Koch, Patrick	GR: 650/60
Manoharan, Yasikaran	SP/JUSO: Variante A 480/50
Marty, Robert	GR: 650/60
Mathis-Wicki, Judith	GR: 650/60
Meyer, Pascal	SP/JUSO: Variante A 480/50
Nyfeler, Nicole	SP/JUSO: Variante A 480/50
Piras, Davide	GR: 650/60
Portmann, Peter	GR: 650/60
Schmid, Rolf	GR: 650/60
Schmutz, Manuel	SP/JUSO: Variante A 480/50
Schwizer, Roland	GR: 650/60
Spörri, Raphael	SP/JUSO: Variante A 480/50
Takacs, Fabian	SP/JUSO: Variante A 480/50
Tschümperlin, Erich	SP/JUSO: Variante A 480/50
Urfer, Mario	SP/JUSO: Variante A 480/50
Zosso, René	GR: 650/60

Bericht und Antrag

Seite 10

<u>Kathrin Graber</u> macht eine Aussage von Cyrill Wiget nicht glücklich. Die 2. Lesung ist im März geplant und im Januar wird das Parkplatz- bzw. Verkehrsreglement von LuzernSüd vorgelegt. Aus dem Verkehrskonzept müssten doch einige Aussagen auf den Bebauungsplan Nidfeld abgeleitet werden. Es muss geklärt werden, ob man mit der Parkplatzzahl auf der richtigen



Schiene ist oder ob es völlig überrissen ist. Sie erwartet schon das etwas präsentiert wird, dass auch Hände und Füsse hat, womit der Einwohnerrat arbeiten kann. Es sollen Rückschlüsse auf weitere Projekte gemacht werden.

Wenn <u>Cyrill Wiget</u> Kathrin Graber richtig versteht, möchte sie bis zur 2. Lesung das Parkplatzreglement haben. Dieses wird nicht bis im März vorliegen. Der Sprechende kann nicht garantieren, dass das Verkehrsreglement LuzernSüd bereits im Januar präsentiert werden kann. Es wird spätestens im März erfolgen. Es besteht die Angst, dass die beiden Kreisel überlastet sein werden. Der Kanton ist bereit einen Kreisel auszubauen. Mehr möchte der Kanton aber nicht investieren, weil er für das Verkehrskonzept 8 Mio. Franken ausgibt. Die Beurteilung, ob die Strasse das Verkehrsaufkommen packt oder nicht, kann dieses Konzept nicht abschliessend schaffen. Es hängt auch davon ab, welche Projekte in der nächsten Zeit noch kommen. Werden zahlreiche Projekte realisiert, ohne dass die Politik eingreifen kann, wird das Problem sehr wahrscheinlich gross sein. Man ist daran mit dem ÖV, Velowegnetz, Umgestaltung der Nidfeldstrasse Verbesserungen zu bringen. Der Gemeinderat warnt davor ein Konzept zu erwarten, das belegt, was sein wird.

<u>Kathrin Graber</u> ist klar, dass nicht eine Zahl herauskommt, die richtig ist und alles andere falsch oder unangemessen. Sie wünscht sich, dass das Konzept nicht an der gleichen Sitzung wie die 2. Lesung des Bebauungsplans oder erst nachher vorgelegt wird. Sie möchte einfach gewisse Anhaltspunkte erhalten. Wenn man keine Anhaltspunkte hat, stellt sich die Frage wem man vertrauen soll. Ist es der Bauherr oder die kantonalen Stellen, die auf das Konzept verweisen? Die Sprechende denkt, dass es die Diskussion im Einwohnerrat abkürzt, wenn eine Grundlage vorliegt.

<u>Thomas Lammer</u> weist darauf hin, dass keine Abstimmung stattfindet, da dies die erste Lesung des B+A ist.

6a. Dringliches Postulat Graf: Erhaltung des Militärmuseums am Krienser Standort Nr. 195/15

Judith Luthiger-Senn bestätigt, dass der Gemeinderat der Überweisung zustimmt. Gegenüber dem Militärmuseum läuft ein mietrechtliches Verfahren, da Mietzinsausstände bestehen. Bereits im Februar 2014 hat der Gemeinderat einen Rettungsversuch gemacht. Die Investitionen des Mieters wurden durch die Gemeinde übernommen. Damit hoffte man einen Ausgleich geschaffen zu haben. Dies sollte als Chance für einen Neustart gelten. Leider hat er diese Chance nicht gepackt und hat weiterhin keine Zahlungen geleistet. Deshalb hat der Gemeinderat die rechtlichen Schritte eingeleitet. Der Entscheid des Bezirksgerichts steht noch aus, sollte jedoch bald eintreffen. Der Gemeinderat ist aber auch der Meinung, dass die Kulturgüter im Museum erhalten bleiben sollen. Es ist aber nicht die Aufgabe der Gemeinde das Militärmuseum finanziell zu unterstützen. Das Militärmuseum hat keinen Krienser sondern Eidgenössichen Bezug. Für den Gemeinderat ist das Militärmuseum nicht an einen Standort gebunden. Trotzdem ist der Gemeinderat offen für eine neue Trägerschaft und überweist deshalb dieses Postulat. Man hofft, dass eine neue Trägerschaft dies weiterführen kann. Es wird nun der Entscheid des Bezirksgerichts abgewartet und wird dem Einwohnerrat einen entsprechenden Bericht vorlegen.



Gemäss <u>Thomas Lammer</u> ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Einige opponieren der Überweisung.

Laut Alfons Graf drohen dem schönen Militärmuseum bald die Lichter auszugehen und es ist eine Minute vor zwölf bis der Strom abgestellt wird. Das darf nicht passieren, deshalb die Einreichung eines dringlichen Postulats. Der Sprechende dankt, dass der Dringlichkeit zugestimmt wurde. Das Militärmuseum ist in Kriens einmalig und von der Kultur her von grosser Bedeutung. Es hat eine einzigartige Sammlung von Armee Requisiten und wird jährlich von vielen Besuchern, auch aus dem Ausland aufgesucht. Es wurde viel in dieses Museum investiert. Es besitzt auch ein Restaurant mit bis zu 160 Plätzen. Aus der Luzerner Zeitung konnte man entnehmen, dass der Pächter die Zinsen nicht mehr bezahlt hat und die Gemeinde ihm deshalb gekündigt hat. Auf Anfrage des Sprechenden, bestätigte die Museumsleitung dies, stellte aber seinerseits Anschuldigungen, dass die Gemeinde die dringenden Reparaturen nicht ausführe und er behält somit den fälligen Zins zurück. Es kann sein wie es ist, man muss auch kein Militärfan sein, aber das Militärmuseum darf nicht untergehen. Ein Museum, egal was es beinhaltet, darf nie untergehen. Jedes Museum hat seine Kultur und Kultur muss man erhalten. Der Sprechende fordert den Gemeinderat um Fristerstreckung der Kündigung und fordert, dass das Militärmuseum seinen Standort in Kriens behalten kann. Er kann sich auch vorstellen, sofern es mit dem bisherigen Pächter nicht mehr geht, dass die Gemeinde das Museum an eine neue, seriöse Trägerschaft oder einer Stiftung übergibt. Die Gemeinde hat es an der Hand und ist auch dazu verpflichtet, dass dieses Stück Kultur in Kriens erhalten bleibt. Mit der Überweisung dieses Postulats kann das Militärmuseum am Leben erhalten werden. So kann man vielen Besuchern Freude an diesem in der Schweiz einzigartigen Museum bereiten. Alfons Graf dankt für die Unterstützung.

Rolf Schmid, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, führt aus, dass das Militärmuseum ein privates Museum und Mieter der Zivilschutzanlage ist. Der Betreiber hat sehr viel Herzblut in dieses Museum gesteckt. Dies darf man nicht ausser Acht lassen und verdient Anerkennung. Aber auch viele Jungunternehmer stecken sehr viel Herzblut in den Aufbau einer Unternehmung. Wenn aber die Wirtschaftlichkeit der Unternehmung nicht gegeben ist, kann es nicht sein, dass die Gemeinde wirtschaftliche Sozialhilfe leistet. Dies wäre auch nicht im Sinne der SVP. Fakt ist, die Mieten werden nicht regelmässige bezahlt und die Gemeinde muss die Mieter ihrer Liegenschaften alle gleich behandeln. Die Gemeinde ist auch nicht dazu verpflichtet ein privates Museum zu erhalten. Aus Sicht der CVP/JCVP/GLP-Fraktion gibt es die Möglichkeit, dass der Betreiber eine andere Möglichkeit sucht. Man ist ihm bereits verschiedentlich entgegengekommen und suchte gemeinsam nach Lösungen. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde in die Verantwortung genommen wird. Wenn eine andere Trägerschaft kommt, denkt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion, soll dieses Problem gelöst werden. Dem jetzigen Betreiber darf und soll nicht weiter Hand geboten werden. Es stellte sich noch die Frage, was es für den Gemeinderat heisst eine neue Trägerschaft zu prüfen. Heisst es, dass sich der Gemeinderat dieser Sache annimmt, ist es die Aufgabe des Gemeinderates dies zu prüfen oder wartet man ab bis es eine neue Trägerschaft gibt?

Räto Camenisch von der SVP-Fraktion schliesst sich seinen Vorrednern an. Man muss unterscheiden zwischen dem Inhalt des Museums und dem Betreiber. Der Inhalt ist grossartig und über Generationen sehr wertvoll. Das Museum ist eine Bereicherung für Kriens. Der Betreiber ist aber nicht kooperativ. Der Sprechende kennt die Lösung auch nicht. Wenn eine neue Trägerschaft gefunden wird, wäre dies grandios. In der Gegend leben bestimmt einige hochgradige Generale, die etwas zu Stande bringen können, damit das Museum eine neue Trägerschaft findet. Der Sprechende erinnert sich an den Bellpark. Dieses Museum wurde von der



Gemeinde geführt und lief mehr schlecht als recht. Dann hat man die Mittel begrenzt und eine private Trägerschaft gesucht. Heute ist dies eine super Sache. Die Gemeinde könnte versuchen im kleinen Rahmen eine Moderation zu machen und eine Lösung zu finden. Die SVP-Fraktion unterstützt das Vorgehen des Gemeinderates.

Enrico Ercolani, FDP-Fraktion, ist mit seinen Vorredner auch einverstanden. Er hat diese Ausstellung mehrmals gesehen und es ist wirklich etwas Grandioses. Man muss aufpassen, wenn man dem Militärmuseum den Strom abstellt und man weiss, wie es in diesen Räumen ohne Licht zugehen kann. Dann hat man eines Tages einen grauen Haufen, der entsorgt werden muss. Wenn das Militärmuseum geschlossen wird, muss das Inventar trotzdem gewartet werden. Der Sprechende versteht nicht, dass die Schweizer Armee das Museum nicht übernimmt. In dieser Art müsste dies einmalig für sie sein. Das wäre die richtige Stelle, die das Museum übernehmen soll.

Die SP/JUSO-Fraktion ist gemäss Manuel Schmutz der Meinung, dass der Gemeinderat im Fall Militärmuseum richtig gehandelt hat. Nach den vorliegenden Informationen ist eine weitere Zusammenarbeit mit der bestehenden Museumsführung scheinbar unmöglich. Dass dieses Museum jedoch kulturhistorisch von Wert sein kann, anerkennt die SP/JUSO-Fraktion. Sie ist jedoch der Meinung, dass ein Schweizerisches Militärmuseum nicht ortsgebunden ist. Man sieht jedoch keinen Grund dafür, warum nicht überprüft werden sollte, ob das Museum, unter neuer Leitung, in Kriens gehalten werden kann und soll. Die SP/JUSO-Fraktion empfiehlt das Postulat zu überweisen.

Laut Bruno Bienz, Grüne/JG-Fraktion, steht das Militärmuseum seit der Zügelte nach Kriens unter einem ungünstigen Stern. Interne und finanzielle Probleme lösen einander ab. Der Postulant sieht es richtig, dass das Militärmuseum ums Überleben kämpft. Aber ist man ehrlich, kämpft es seit seinem Bestehen ums Überleben. Die Gemeinde hat bis dato nichts mit dem Museumsbetrieb zu tun. Sie ist lediglich die Vermieterin des "Roggern-Bunker" und war immer sehr nachsichtig. Der Sprechende ist etwas erstaunt über die rechte Seite, die jetzt plötzlich neue Aufgaben übernehmen möchte, ohne sich der finanziellen Konsequenzen bewusst zu sein. Im Budget wird darüber diskutiert, dass gespart werden muss und hier übernimmt man eine Aufgabe, die nicht Sache der Gemeinde ist. Als Mieter der Liegenschaft hat das Museum die Pflicht, den Mietvertrag zu erfüllen. Das heisst, den Mietzins fristgerecht zu bezahlen. Dieser Pflicht wurde seit Jahren sehr unregelmässig nachgekommen. Aus diesem Grund wurde dem Museum jetzt auch gekündigt. Der Postulant fordert den Gemeinderat auf sich für die Erhaltung des Museums einzusetzen. Es wäre sicher wünschenswert, wenn sich jemand für den Erhalt einsetzt. Die Grüne/JG-Fraktion ist aber der Meinung, dass das sicher nicht die Gemeinde sein soll. Die Führung eines Militär-Museums ist nicht Kernaufgabe der Gemeinde. Die Idee einer neuen Trägerschaft ist sicher gut, muss aber auf privater Basis geprüft werden. Kriens hat zurzeit auch wichtigere Prioritäten als ein Militärmuseum. Wie der Postulant auch immer wieder betont, muss die Gemeinde sparen. Es wird von den Bürger und Bürgerinnen nicht verstanden, wenn sich der Gemeinderat in ein zusätzliches finanzielles Abenteuer stürzen würde. Die Grüne/JG-Fraktion fordert den Postulant auf, selber aktiv zu werden und eine neue Trägerschaft für das Militärmuseum zu suchen. Aus diesen Gründen lehnt die Grüne/JG-Fraktion das Postulat ab.

Alfons Graf glaubt, dass sein Postulat falsch verstanden wird. Es geht ihm nicht darum, dass die Gemeinde finanzielle Unterstützung leisten soll, sondern das Museum am Standort Kriens erhalten zu können. Mit dem Postulat wird der Gemeinderat beauftragt eine neue Trägerschaft zu suchen.



<u>Patrick Koch</u> bestärkt nochmals die Aussage von Alfons Graf. Es geht darum die Möglichkeit zu schaffen das Museum einer Trägerschaft zu übertragen. Es wird gesagt, dass es im Militärmuseum keine Krienser Geschichte gibt und deshalb auch nicht die Aufgabe der Gemeinde ist. Der Sprechende sieht bei den meisten Ausstellungen des Museums im Bellpark auch keinen Bezug zu Kriens.

Christine Kaufmann-Wolf möchte eine Antwort zu der Aussage von Patrick Koch zum Museum im Bellpark geben. Es kann durchaus sein, dass gewisse Ausstellungen keinen Bezug zu Kriens haben. Im Leistungsauftrag mit dem Museum im Bellpark sind jedoch auch Aufgaben ganz klar definiert, wie die Archivierung von Sachen und die Aufbewahrung von Tradition. Diese Aufträge müssen erfüllt werden. Zudem muss einmal im Jahr eine Ausstellung gemacht werden, die mit Kriens einen Zusammenhang hat. Im Militärmuseum gibt es keine solchen Aufgaben. Die Sprechende findet es schön, wie sich Alfons Graf dafür einsetzt. Sie kann das nachvollziehen. Die Sprechende möchte aber nicht, dass sich die Gemeinde finanziell engagiert. Alfons Graf hat dies aber in seinem vorherigen Votum bereinigt. Christine Kaufmann-Wolf fragt sich aber trotzdem, ob es wirklich die Aufgabe der Gemeinde ist. Es besteht die Möglichkeit, dass der Postulant mithelfen kann eine Lösung zu finden.

<u>Erich Tschümperlin</u> findet es ein Missverständnis, wenn gesagt wird, dass die Gemeinde nur organisieren muss. Der Gemeinderat oder sein Sekretariat arbeitet nicht gratis. Der finanzielle Aufwand ist gleich. Dies ist nicht die Kernaufgabe der Gemeinde. Aufgrund der Voten gibt es sicherlich einige Freiwillige, die helfen können.

Gemäss Rolf Schmid kann es nicht die Aufgabe des Gemeinderates sein, sich der Sache anzunehmen und zu prüfen, ob eine private Trägerschaft gegründet werden soll. Die SVP sagt sehr viel, dass die Sachen eigenverantwortlich gelöst werden und der Staat oder die Politik nicht überall dreinreden soll. Diese Haltung vertritt der Sprechende in vielen Sachen auch. Nun bittet die SVP den Gemeinderat dazu etwas zu unternehmen. Die SVP-Fraktion hat Herzblut für diese Sache und die Mitglieder sind gut vernetzt bis hin zu Ueli Maurer. Sie können ja mit ihm schauen, dass das Militärmuseum in Kriens oder der nahen Umgebung umgesetzt werden kann. Der Gemeinderat ist im Moment mit wichtigeren Sachen beschäftigt.

Laut <u>Robert Marty</u> geht es um eine tolle Sammlung eines Privaten. Dieser hat Räume der Gemeinde gemietet. Der Betreiber kann die Privatsammlung nicht wirtschaftlich bewirtschaften, so dass er seinen Verpflichtungen auch nicht nachgehen kann. Dieser zahlt nun die Mietzinse nicht und somit ist das gelaufen. Das ist zwar bedauernswert, aber das Geschäftsmodell ging nicht auf. Wenn man sich um jede Privatsammlung kümmern würde, wäre dies ein Fass ohne Boden. Der Betreiber muss selber etwas anderes suchen. Es stellt sich nun nur die Frage, in welchem Zeitraum der Betreiber aus dem Mietobjekt raus muss.

Alfons Graf kommt zuerst zu der Aussage von Erich Tschümperlin. Der Gemeinderat musste sich schon viel mit Quatsch auseinandersetzen, was von Seiten der Grünen lanciert wurde. Die Anlage gehört nicht der SVP, sondern der Gemeinde. Irgendwie hat die Gemeinde auch Interesse daran, dass dieser Keller nicht verlottert.

Gemäss <u>Judith Luthiger-Senn</u> ist es nicht im Sinne des Gemeinderates irgendwelche finanziellen Aufwendungen für ein Museum zu machen. Es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderates und er wird es auch nicht machen. Der Gemeinderat kann sich vorstellen die Rolle als Vermitt-



lerin einzunehmen, um eine Trägerschaft zu finden. Es sind bereits Personen auf die Sprechende zugekommen, die fragten was mit dem Militärmuseum passiert. Es gibt vielleicht auch die Möglichkeit, dass sich der Bund für die Gegenstände des Museums interessiert. Vielleicht bildet sich auch eine Trägerschaft, die Geldgeber suchen und das Ganze übernehmen möchte. Es stehen Ideen im Raum, die zuerst geprüft werden müssen. Der Gemeinderat wäre bereit etwas zu machen, wird jedoch den Entscheid des Einwohnerrates akzeptieren, wenn nichts Weiteres unternommen werden soll. Alfons Graf meinte, dass die Kündigungsfrist hinausgezögert werden soll. Dies ist nicht möglich. Das Verfahren läuft bereits. Sobald der Entscheid des Bezirksgerichts eintrifft, hat er nochmals 30 Tage Zeit. Innerhalb der nächsten zehn Tage nach Rechtskraft des Urteils, kann dies angefochten werden.

<u>Enrico Ercolani</u> möchte wissen, ob die Gemeinde das Retentionsrecht angemeldet hat. Nicht dass der Betreiber geht und die wertvollsten Sachen entfernt. Die Gemeinde hat ja noch Geld zugute und könnte so gesichert werden.

<u>Judith Luthiger-Senn</u> bestätigt, dass der Gemeinderat seit geraumer Zeit daran ist. Es wurde auch eine Betreibung eingeleitet. Diese Verfahren laufen gleichzeitig.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Graf: Erhaltung des Militärmuseums am Krienser Standort (Nr. 195/15)

Das Postulat wird mit 19:9 Stimmen bei zwei Enthaltungen nicht überwiesen.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	Enthaltung
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	n.t.
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Marty, Robert	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	nein
Schmutz, Manuel	nein
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	Enthaltung
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Zosso, René	ja



7. Bericht Postulat Heiz: Kurzzeitparkplätze im Zentrum Kriens Nr. 142/14

Laut <u>Thomas Lammer</u> ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Martin Heiz dankt für den Bericht zum Postulat. Der Bericht zeigt einiges auf, auch dass man im Zentrum Parkplätze verlieren wird. Der Sprechende findet dies schade. Dies war auch der Grund weshalb der Vorstoss eingereicht wurde. Er wurde zum Teil von Gewerbebetreibenden in Bezug aufs Zentrum Pilatus angefragt, wo ihre Parkplätze sein werden. Gewisse Geschäfte sind auf Kurzzeitparkplätze angewiesen. Zu einem attraktiven Zentrum gehören auch heute immer noch Autos dazu. Diejenigen, die mit dem Auto pendeln, möchten vielleicht bevor sie arbeiten gehen kurz bei der Bäckerei vorbeigehen, um ihr Mittagessen zu kaufen. Diese gehen nicht zuerst mit dem Fahrrad in die Bäckerei, gehen wieder nach Hause und fahren dann mit dem Auto los. Solche Kleinunternehmen sind auf eine gewisse Anzahl von Parkplätzen angewiesen. Er hofft, dass dies aufgenommen wird. Der Gemeinderat hat bereits signalisiert, dass man ein Auge darauf halten wird. Natürlich auch im Zusammenhang mit dem Parkhaus im Zentrum Pilatus, welches jedoch bis jetzt nicht für die Öffentlichkeit zugänglich ist. Am Wochenende ist diese Halle mehr oder weniger leer. Es ist nicht in seinem Sinne, wenn eine teure Einstellhalle gebaut wird und die Bevölkerung kann diese nicht nutzen. Dort müsste man schauen, dass diese ausserhalb der Offnungszeiten zugänglich gemacht wird. Für die Neuansiedlung von Geschäften wäre dies attraktiver. Bei jedem wird die erste Frage sein, ob es Parkplätze hat und wo diese sind. Auch wenn jemand den Saal mieten möchte und keine Parkplätze in der Nähe sind, schaut man sich nach einem anderen Lokal um, wo der Parkplatz in der Nähe ist.

Gemäss <u>Martin Heiz</u> war die Meinung in der BK geteilt. Die einen sind klar der Meinung, dass es Kurzzeitparkplätze braucht. Die anderen waren gegenteiliger Meinung. Am Schluss haben sie sich geeinigt, dass dieses Thema eine ideologische Sache ist.

Laut <u>Roland Schwizer</u> von der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, sind Parkplätze immer ein Gesprächsthema in Kriens. Es hat sich auch heute im Rat gezeigt, dass für die einen zu viele und für die anderen zu wenig Plätze zur Verfügung stehen. Wichtig ist hier eine richtige Balance zu finden zwischen öffentlichem Interesse und den Interessen der ortsansässigen Unternehmen. Der vorliegende Bericht zeigt auf, wie die heutige und die künftige Parkplatzsituation ist. Ein attraktives Ortszentrum muss genügend Kurzzeitparkplätze aufweisen, damit das lokale Gewerbe gut funktionieren kann. Horw kann dafür sicher als Benchmark dienen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion betrachtet den vorliegenden Bericht als interessante Planungs- und Diskussionsgrundlage für die Verkehrskommission.

Enrico Ercolani, FDP-Fraktion, möchte wissen, wie das Parkplatzreglement auf privatem Grund aussehen soll. Wie wirkt sich das auf zukünftige Baubewilligungen aus? Wie beugt man vor, dass nicht zu wenig Parkplätze vorhanden sind und wie verhindert man Suchverkehr für Parkplätze? Im Zentrum werden 23 Parkplätze mehr eliminiert als neu gebaut. Wie begründet der Gemeinderat diese Reduktion mit der Aussicht auf immer mehr Autos in der Zukunft? Aus Sicht der FDP-Fraktion sollten eher mehr oberirdische Kurzzeitparkplätze gebaut werden. Das Konzept für mehr Kurzzeitparkplätze sollte weiter verfolgt und wenn möglich umgesetzt werden. Weiter sollten die 42 Parkplätze beim Friedhof gebaut werden.



Gemäss Raphael Spörri ist aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion aus dem Bericht erkennbar, wie viele Parkplätze nach dem Erstellen des neuen Zentrums geplant sind. Es stellt sich aber noch eine andere Frage. Was braucht es denn im neuen Zentrum überhaupt für Parkplätze? Dieser Frage ist die SP/JUSO-Fraktion nachgegangen und erhielt Meinungen aus dem Gewerbe. Es ist wichtig, dass das Geschäft einen attraktiven Vorplatz hat, so dass sich die Personen langsam und gerne vor dem Schaufenster und Geschäft aufhalten können. Das heisst doch, dass es grundsätzlich nicht wichtig ist, wie viele Parkplätze es vor einem Geschäft hat, sondern dass genügend Parkplätze zumindest in der Nähe vorhanden sind. Das heisst doch aber auch, dass es viel wichtiger ist ein attraktives Zentrum zu schaffen und einen Ort um die Geschäfte zu gestalten, welche die Leute dazu einlädt zu shoppen. Der Sprechende zitiert aus dem Bericht: "Immerhin wird sich nach der Realisierung des Zentrum Pilatus die Aufenthaltsqualität im Zentrum deutlich verbessern. Somit wird es attraktiver sich zu Fuss im Zentrum zu bewegen, um Einkäufe tätigen zu können." Das in Zukunft auch weiterhin genügend Parkplätze in der Nähe vorhanden sind, ist dem Bericht ebenfalls zu entnehmen. Der SP/ JUSO-Fraktion ist aber auch klar, dass für das Ein- und Ausladen von sperrigen Gütern oder die Erreichbarkeit für Behinderte einzelne Kurzzeitparkplätze unmittelbar vor den Geschäften geschaffen werden müssen. Das dürfte aber der zitierten Attraktivität nicht konkurrieren. So wie im Bericht erwähnt, ist die breit abgestützte Verkehrskommission am beraten und diskutieren wie eine gemeinsame Lösung aussehen könnte. Man soll die Kommission ihre Arbeit machen lassen. Bereits diesen Herbst oder im Januar hat man die Gelegenheit die ersten Resultate im Einwohnerrat zu sichten. Genügend Parkplätze sind und werden auch weiterhin vorhanden sein. Wo diese sind ist nicht einmal so relevant. Es ist aber wichtiger mit einer guten Gestaltung des Dorfkerns die Attraktivität zu steigern, so dass das Gewerbe weiterhin die Chance hat in Kriens ein Auskommen zu haben.

Auch die Grüne/JG-Fraktion unterstützt gemäss Erich Tschümperlin ein attraktives Kriens, dass zum Einkaufen einlädt. Die Schlussfolgerung von Martin Heiz, dass dies nur durch mehr Parkplätze erreicht werden kann, teilt sie nicht. Eine attraktive Einkaufsumgebung benötigt nicht primär Parkplätze, sondern eine Umgebung, die zum Verweilen einlädt, wie z.B. Plätze, kleine Parks, Kinderspielplätze, Cafés und ein bunter Mix von Geschäften. Dafür gibt es gute Beispiele wie die Neustadt in Luzern rund um den Helvetiaplatz und das Vögeligärtli. In der Altstadt hat es gar keine Autos und Parkplätze und dies ist die begehrteste Lage für Geschäfte überhaupt. Wie man erst kürzlich in der NLZ lesen konnte, werden Geschäften in der Altstadt regelmässig riesige Summen geboten, damit sie ihre Mietlokale einem Interessenten überlassen. Die erwähnten 1.1 Mio. Franken seien kein Einzelfall. Das zeigt doch deutlich, dass attraktive Lagen ganz andere Qualitäten bieten, als möglichst viele Parkplätze vor dem Geschäft. Mit dem neuen Zentrum macht man einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Wenn dann aber selbst der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, dass Parkplätze "äusserst wichtig für das wirtschaftliche Überleben gefordert" werden, dann hängt er einem alten Entwicklungskonzept nach und ist nach Meinung der Grüne/JG-Fraktion unbelehrbar statt innovativ.

<u>Martin Heiz</u> meint, dass man in der Altstadt von Luzern fast nur noch Kleider und Uhren kaufen kann. Es stellt sich die Frage, ob man das in Kriens möchte. Dies wird aber nie passieren. Kriens strebt das Ziel nicht an, dass nur noch teure Markenkleider im neuen attraktiven Zentrum gekauft werden können.

<u>Matthias Senn</u> dankt für die Statements. Es wird eine Aufgabe in der Diskussion des Gesamtverkehrskonzepts sein, zu schauen in welche Richtung man gehen möchte. Die 23 Parkplätze, die weniger gebaut werden, sind verkraftbar. Er kann sich nicht erinnern, dass alle 800 öffentlichen Parkplätze im Zentrum und in zentrumsnähe jemals alle gleichzeitig besetzt wa-



ren. Es gibt immer irgendwo einen freien Parkplatz. Es ist eine Haltungsfrage, ob man mehr Parkplätze anbieten soll oder nicht.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

8. Beantwortung Interpellation Koch: Staufreies Kriens Nr. 154/15

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

<u>Thomas Lammer</u> fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

<u>Patrick Koch</u> wünscht keine Diskussion und dankt dem Gemeinderat für die umfassende Beantwortung der Interpellation. Er denkt, dass es sinnvoll ist im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts darüber zu diskutieren.

Es wünscht kein anderes Ratsmitglied die Diskussion.

9. Postulat Graber: Mehr Mitwirkung bei den Gemeindeverbänden Nr. 175/15

Gemäss <u>Thomas Lammer</u> ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

Postulat Graber: Wirkungsvolle Beteiligungen ausserhalb der Gemeinde Nr. 176/15

Gemäss <u>Thomas Lammer</u> ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

11. Postulat Kaufmann: Betreuungsangebote an den Wochenenden für Kinder deren Eltern am Wochenende erwerbstätig sind Nr. 178/15

Gemäss <u>Thomas Lammer</u> opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.



Gemäss Christine Kaufmann-Wolf wird der Gemeinderat mit diesem Postulat darum gebeten ein Betreuungsangebot an den Wochenenden zu prüfen, für Kinder deren Eltern an den Wochenenden erwerbstätig sind. Die Idee für den vorliegenden Vorstoss entstand nicht in einer kleinen Kammer, sondern bei mehreren Diskussionsrunden mit unterschiedlichen Personen. Einerseits war es das Thema, wie schwierig es ist Pflegefachpersonen zu finden. Gemäss Jörg Meyer, Leiter der höheren Fachschule Gesundheit Zentralschweiz fehlen bis 2020 schweizweit über 25'000 Mitarbeiter in der Pflege. Auf die Zentralschweiz heruntergebrochen heisst das, dass in den nächsten fünf Jahren 1'615 Vollzeitstellen geschaffen werden müssen. Zudem müssen rund 5'700 Gesundheitsfachleute wegen Erreichen des Pensionsalters ersetzt werden. Andererseits gab es Diskussionen, dass es Eltern gibt, vor allem alleinerziehenden Mütter, die sehr gerne solche Stellenangebote annehmen würden. Diese Angebote können jedoch wegen den Arbeitszeiten an den Wochenenden nicht in Erwägung gezogen werden, da für die Kinder keine Betreuungsmöglichkeiten vorhanden sind. Der Gemeinderat empfiehlt eine Ablehnung des Postulats. Er meint, es gebe keine Nachfrage dafür. Dazu stellt sich die Sprechende schon die Frage, wie dies abgeklärt wurde. Ist es nur eine Vermutung? Es scheint, der Gemeinderat stützt sich auf die Aussage: Wo kein Angebot ist, ist auch keine Nachfrage vorhanden. Wenn auf solche Abklärungen gebaut wird, dann gibt Christine Kaufmann-Wolf dem Gemeinderat Recht. So war es bereits bei der Erfindung von Waschmaschinen, Kaffeemaschinen oder von alltäglichen Dienstleistungen, welche erst durch deren Einsetzung ein Bedarf oder als Lösung eines Problems geschätzt wurden. Die Sprechende wollte es genauer wissen, ob sie mit ihrem Vorstoss so daneben liegt, wie es der Gemeinderat in seiner Begründung schreibt. So hat sie mit verschiedenen Heimen und mit dem Sozialdienst, Existenzsicherung der Stadt Luzern telefoniert und die Situation abgeklärt. Alle kontaktierten Stellen konnten telefonisch bestätigen, dass sie dieses Anliegen und deren ungelösten Folgen in ihrer Arbeit sehr gut kennen. Man fragt sich nun sicherlich, ob dies eine Aufgabe einer Gemeinde ist. Darüber kann man diskutieren. Und doch ein solches Angebot könnte auch mithelfen Probleme der Gemeinde Kriens anzugehen und zu lösen. Ein Beispiel dafür ist z.B. die Senkung der wirtschaftlichen Sozialhilfebezüge. Denn so können Eltern eine Arbeitsstelle mit Wochenendarbeiten annehmen, statt wirtschaftliche Sozialhilfe zu beziehen. Christine Kaufmann-Wolf kennt solche Fälle ganz konkret. Zudem kann dem bereits vorhin angesprochenen Mangel an Pflegepersonal entgegnet werden. Denn auch die Anstellungen von Mitarbeiter in den Heimen, sei es für die Pflege oder den Gastrobetrieben, werden so vielfach ermöglicht, vereinfacht und unterstützt. Man soll sich daran erinnern, welche Vorstösse in der Vergangenheit eingereicht wurden:

- Arbeit vor Sozialhilfe
- Arbeit muss sich lohnen
- Beschäftigung von Sozialhilfebezüger
- Negativer Trend der Sozialhilfequote

Die Gemeinde Kriens stellt ein gutes schul- und familienergänzendes Betreuungsangebot zur Verfügung. Man war sogar in einer Vorreiterrolle mit den Betreuungsgutscheinen. Die Lokalitäten sind bereits vorhanden. Die Betreuung in KITA's steht von Montag bis Freitag zur Verfügung. Der Tagesplatzverein betreut Kinder von Montag bis und mit Samstag. Eine Platzierung in einer anderen Familie ist an den Wochenenden sehr schwierig. Meist kann eine geeignete Betreuung durch die Grosseltern nicht organisiert werden. Sei es, weil diese weit weg wohnen oder weil sie bereits zu alt sind. Bitte bedenkt man auch, dass nicht nur die ganz kleinen Kinder davon betroffen sind. Denn die Primarschüler bis ca. in die 5. Klasse, d.h. bis 11 Jahre sollten auch noch nicht den ganzen Sonntag alleine gelassen werden. Man sieht, dass für Kinder, deren Eltern an den Wochenenden erwerbstätig sind, kein Betreuungsangebot zur Verfügung steht. Gerade in den Branchen im Verkauf, der Gastronomie, im Pflegebereich oder imTourismusbereich hat es offene Jobangebote. Es ist dort, je nach Branche, relativ einfach, wieder beruflich einzusteigen. Der Bedarf in Kriens ist für einen Alleingang der Bereitstellung eines solches Angebots zu klein. Daher möchte die Sprechende, dass der Gemeinde-



rat sich mit anderen Gemeinden über eine Zusammenarbeit austauscht und dies abklärt. Sie denkt hier an das Pflegeheim Eichhof oder das Heim Kirchfeld Horw etc. Ein solches Angebot kann gemeinsam mit Nachbarsgemeinden angeboten werden. Christine Kaufmann-Wolf bittet daher den Gemeinderat, ein beschränktes Betreuungsangebot an den Wochenenden zu prüfen. Es ist nur eine Prüfung. Die Sprechende bittet darum das Postulat zu unterstützen. Dies im Hinblick auf die Möglichkeit die wirtschaftliche Sozialhilfe zu senken und dem Mangel von Fachkräften entgegen zu wirken. Mit der Prüfung setzt man ein zukunftgerichtetes Zeichen.

Rolf Schmid, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, möchte eine Ergänzung anbringen. Die Uni Bern hat im Auftrag der Caritas eine Studie durchgeführt. Diese ergab, dass es in der Schweiz 200'000 1-Elternfamilien gibt. Jede sechste ist von Armut betroffen. Armut heisst, meistens auch sozialer Rückzug, kein Netzwerk etc. Wenn es Kriens gelingt entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, dass eine alleinerziehende Person zurück in die Arbeitswelt gebracht werden kann, dann ist dieser Sache gedient.

Die SVP-Fraktion dachte laut <u>Hans Fluder</u>, dass dieses Postulat seine Berechtigung hat. Nach dem Durchlesen der Begründung, musste sie sich eine andere Meinung bilden. Die Begründung zeigt ganz klar, dass in der Region Luzern über 50 Angebote existieren. Die Eltern können frei wählen, welche Angebote sie nutzen möchten. Die Gemeinde stellt den Eltern Betreuungsgutscheine zur Verfügung, die auch samstags und sonntags eingelöst werden können. Die KITA Leitung hat übrigens vor ein paar Jahren auch geprüft, ob ein Samstags-Angebot in Kriens an der Kosthausstrasse eingeführt werden soll. Obwohl die KITA Small Foot die einzige KITA in der Region ist, welche das Samstags-Angebot hat, besuchen gerade mal fünf Kinder diese Betreuung. Ein Angebot am Sonntag gibt es nicht. Daher ist die SVP-Fraktion zum Schluss gekommen, dieses Postulat aus finanziellen Gründen abzulehnen. Er möchte noch an das Alters- und Wohnheim Emmen erinnern, die eine eigene KITA betreibt. Über solche Einrichtungen muss man sich Gedanken machen.

Gemäss <u>Rita Berger-Hug</u> unterstützt die FDP-Fraktion den Gemeinderat in seinen Überlegungen. Der Bedarf an Wochenenden, zur Betreuung von Kleinkindern, kann anderweitig organisiert werden, wie z.B. mit den Grosseltern, Gotti oder Götti. Bisherige versuchsweise Möglichkeiten wurden nur in ganz geringem Masse, wenn überhaupt, genutzt. Sie wird aus diesen Gründen das Postulat ablehnen.

Raphael Spörri, SP/JUSO-Fraktion, führt aus, dass Kriens ein gutes Angebot an Betreuung im Vorschulalter wie auch im Schulalter hat. Dies vor allem auch dank den sozialen und familiengerechten Vorstössen aus linken Kreisen. Ob es nun einen Ausbau auf ein Wochenendangebot braucht, bezweifelt die Begründung des Postulats. In der Begründung sind auch Tatsachen erwähnt, die eher den bürgerlichen Kreisen näher stehen als der SP/JUSO-Fraktion. So ist klar ersichtlich, dass offensichtlich hier der Markt spielt und dass am Wochenende kein Bedürfnis nach externer Betreuung besteht. Der Sprechende hat zugegeben keine grosse Ahnung von Märkten und dessen Regeln. Aus beruflicher Sicht hingegen kann er sagen, dass vor allem auch beim Eisenbahnverkehr oft zuerst ein Angebot geschaffen werden muss, bevor eine wirkliche Nachfrage entsteht. Und genauso sieht er dies auch hier. Im Moment scheint kein Bedürfnis nach einer Wochenendbetreuung. Obwohl Raphael Spörri sich dies als "Wochenend-Schaffender" auch oft gewünscht hätte. Doch vielleicht braucht es wirklich zuerst ein Angebot, um die Bedürfnisse zu erkennen. Darum ist die SP/JUSO Fraktion für eine Prüfung eines beschränkten Betreuungsangebotes an den Wochenenden und ist für die Überweisung.



<u>Tomas Kobi</u> von der Grüne/JG-Fraktion meint, dass die CVP hier einmal mehr als massgebende Familienpartei Akzente setzen will. Laut ihrem Themenpapier auf der Homepage, will sie sich auch in Zukunft für ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten einsetzen. Das Postulat geht hier einen Schritt weiter und verlangt, dass der Gemeinderat prüfen soll, ob ein Betreuungsangebot an Wochenenden machbar ist. Die Grüne/JG-Fraktion kann grundsätzlich das Anliegen nachvollziehen, da sie sich ja stets für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit engagiert und dennoch wird sie dieses Postulat nicht unterstützen. Dazu folgende Argumente:

- Die Gemeinde Kriens bietet verschiedene Angebote von schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen an. Je nach Bedarf vor der Schule – über den Mittag – sowie auch nach der Schule.
- Im Weiteren soll gemäss der Strategie des Gemeinderates, auf jeder grösseren Schulanlage ein Hortangebot vorhanden sein. Das Hortwesen befindet sich bezüglich Aussagen des Gemeinderates immer noch im Aufbau.
- Kostenfaktor: Jedes zusätzliche Angebot verursacht Kosten und da fragt sich der Sprechende dann schon, ob die bürgerliche Seite auch dafür einsteht und die entsprechenden Kosten ebenfalls tragen würde. Die Grüne/JG-Fraktion denkt eher nicht.

Die Grüne/JG-Fraktion findet es wichtig, dass es Angebote für die familienergänzende Kinderbetreuung gibt. Dies verbessert klar die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es erstaunt sie umso mehr, dass gerade die CVP immer wieder den Hortausbau bekämpft. Tomas Kobi zitiert aus dem Einwohnerratsprotokoll vom 11. Dezember 2014 "Die erwähnte Hortstrategie vom Gemeinderat, welche einen Bau eines Hortangebots bei jeder grösseren Schulanlage vorsieht, kann sie nicht unterstützen. In der heutigen finanziellen Lage können keine Horte auf Vorrat gebaut werden." Da die Nachfrage für Betreuungsangebote an Samstagen nicht klar ausgewiesen ist, wird die Grüne/JG-Fraktion das Postulat nicht unterstützen.

Räto Camenisch schätzt die politische Art von Christine Kaufmann-Wolf. Er ist erstaunt, dass sie eine kleine Ritze im Sozialstaat gefunden hat, welche ein eventuelles Bedürfnis sein kann. Wenn es kein Bedürfnis ist, wird es vielleicht nach der Einführung ein Bedürfnis. In der Regel hat jedes Kind zwei Elternteile und jeder Mensch hat ein Beziehungsnetz. Ein klein wenig Eigeninitiative wäre gut. Diese Mütter haben das in der Regel auch und kommen gut zurecht. Wenn man im Pflegesektor arbeiten möchte, ist klar, dass es Wochenendarbeit gibt und deshalb ein Angebot am Wochenende eine Marktlücke ist. Offenbar gibt es auch keine Privatinstitutionen die dies pflegen. Deshalb ist dies kein Markt. Es soll keine neue Büchse der Pandora geöffnet werden. Dies gibt dann eine Nachfrage und dies kostet Geld. Die Entlohnung des Personals ist am Sonntag auch teurer. Wo kommt man hin, wenn soziale Institutionen geschaffen werden müssen, damit die Nachfrage generiert werden kann?

Kathrin Graber kommt es manchmal vor, dass wenn die CVP/JCVP/GLP-Fraktion eine gute Idee hat, die auch von der Grüne/JG-Fraktion hätte kommen können, sucht die Grüne/JG-Fraktion etwas Schlechtes, damit sie dagegen sein können. Finanzielle Gründe hier vorzubringen überzeugt die Sprechende nicht. Christine Kaufmann-Wolf hat erwähnt, dass dies ein Grund sein kann, um die wirtschaftliche Sozialhilfe in einem gewissen Bereich einzusparen. Das ist ein Anliegen von Kriens, da man hier die höchste Quote hat. Man ist daran zu schauen, wie man die Quote senken kann. Die FDP hat auch schon mehrere Vorstösse bezüglich der Sozialhilfequote eingereicht. Jetzt wäre eine Möglichkeit da eine Massnahme zu ergreifen. Es wurde noch zitiert, dass keine KITA's auf Vorrat gebaut werden sollen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion steht weiterhin zu dieser Aussage. Im Moment ist man noch gar nicht so weit. Man weiss noch gar nicht, wie dieses Bedürfnis aussieht. Deshalb müsste man zuerst eine Abklärung treffen, bevor man überhaupt sagen kann, ob ein Bedürfnis da ist. Der



Gemeinderat hat den Eindruck, dass kein Bedürfnis besteht. Wie er zu diesem Schluss kommt, weiss man nicht. Darum ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion klar der Meinung, dass dies im Rahmen des Postulats geprüft werden soll. Dann kann der Gemeinderat die entsprechenden Abklärungen treffen und einen fundierten Bericht ausfertigen.

Gemäss Bruno Bienz geht es der Grüne/JG-Fraktion nicht um den Vorstoss der CVP/JCVP. Vorhin wurden zwei hervorragende Vorstösse unisono überwiesen. Das Kantonsspital hat eine KITA, jedoch kein Angebot fürs Wochenende. Diese hätte eigentlich das grösste Interesse daran am Wochenende ein KITA-Angebot zu machen. Aber es wird nicht gemacht. Zuerst muss von dieser Seite her ein Engagement kommen, bevor die Gemeinde ein Angebot zur Verfügung stellt, welches Mehrkosten verursacht. Ein künstliches Angebot zu schaffen, ist in der heutigen Zeit nicht angebracht.

Enrico Ercolani denkt, wenn ein Sonntagsangebot bestehen würde, bekämen die Angestellten des Betreuungsangebots 100 % Zulagen. Wenn nicht würde das System nicht funktionieren. Wenn es teurer ist das Kind abzugeben, als man verdient, lohnt es sich gar nicht. Der Sprechende hat in seiner Verwandtschaft Personen, die mehrere KITA-Stationen führen. Diese sind Privatunternehmen. Wenn sie sehen, dass in diesem Bereich etwas zu machen wäre, wären es die ersten, die es machen würden. Denn dies sind Profis. Deshalb glaubt der Sprechende nicht, dass man so etwas anbieten muss. Wenn ein Bedürfnis besteht, soll dies auf privater Basis angeboten werden.

Laut <u>Davide Piras</u> geht es nur um die Prüfung und nicht um die Einführung. Man spricht hier von Personen, die am Wochenende arbeiten müssen. Seine Eltern haben auch am Wochenende gearbeitet und mussten schauen, wo sie ihn unterbringen können. Dies ist keine lustige Sache. Heutzutage haben alle das Bedürfnis nach Pflegefachkräften, dass die Läden oft und lange geöffnet sind und man am Abend in Restaurants oder Bars bedient wird. Man soll sich überlegen, welches soziale Netzwerk hinter einer Person stehen muss, damit die gerade genannten Bedürfnisse gedeckt werden können. Wenn man sich dessen bewusst ist, hätte auch die Betreuung am Wochenende eine Berechtigung.

Christine Kaufmann-Wolf wusste, dass es schwierig wird, dieses Anliegen durchzubringen. Sie freute sich, dass die Grüne/JG-Fraktion zuerst eingestiegen ist. Nachher haben sie gedacht, dass die BiK das letzte Mal die Horte abgeschossen hat. Dies ging von der BiK und nicht von der CVP aus. Die BiK war damals einstimmig. Dann kommen noch die finanziellen Einwände. Die Sprechende möchte auch kein finanzielles Abenteuer. Sie weiss, dass Kriens kein Geld hat. Aber in Kriens gibt es Frauen, die wirtschaftliche Sozialhilfe beziehen und nicht arbeiten können, weil sie ihre Kinder am Wochenende nirgends unterbringen können. So könnte man das Budget bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe etwas entlasten. Dann könnte man es über die Gemeinden abdecken. Kriens kann mit Horw und Luzern zusammen arbeiten. Die Infrastruktur ist ja vorhanden. Die Horte sind am Wochenende leer. Es gibt einen Schülerhort, der sonntags geöffnet ist. Man spricht ja auch nicht nur von den Kleinkindern, sondern auch von den Grösseren. Die Kinder, die alleine sind, sind vernachlässigt. Wenn diese abdriften dann ruft die heutige Gesellschaft aus. Dies ist auch ein Argument. In ein paar Jahren wird man denken, dass die Sprechende bereits im 2015 daran gedacht hat.

Robert Marty möchte sich den Worten von Räto Camenisch anschliessen. Er unterstützt den Vorstoss aus folgenden Gründen nicht. Christine Kaufmann-Wolf meinte, dass damit die Sozialhilfe entlastet werden kann. Kein Mensch, der eine solch hohe wirtschaftliche Sozialhilfe



bezieht, geht freiwillig arbeiten. Es sollte auch für eine Familienpartei das Ziel sein, die Familie am Sonntag zusammenzulassen, denn der Sonntag sollte heilig sein. Der Sprechende findet, dass es Angebot nicht braucht.

Bruno Bienz möchte die CVP beruhigen. Die Grüne/JG-Fraktion ist über das Futter der CVP nicht neidisch. Sie gönnt der CVP jeden Vorstoss und unterstützt diese auch, sofern sie kann. Hier gibt es aber eine Grenze. Im November wird über das Budget debattiert. Die CVP beginnt dann zu jammern, wo eingespart werden muss. Man muss realistisch sein über die Kosten des Angebots. Solange das Kantonsspital dieses Angebot nicht anbietet, muss die Gemeinde auch nichts machen. Das Interesse eines attraktiven Arbeitgebers müsste beim Kantonsspital bestehen. Anscheinend wollen sie das aber nicht. Deshalb sieht er nicht ein, weshalb dieses Angebot seitens der Gemeinde angeboten werden soll. Zu Robert Marty möchte er noch sagen, dass er noch nie Sozialhilfe bezog. Sonst wüsste er, dass es eine dumme Aussage war.

<u>Fabian Takacs</u> möchte noch etwas zu der Aussage von Robert Marty anmerken. Wer möchte die Ladenöffnungszeiten liberalisieren, damit man am Samstag und Sonntag einkaufen gehen kann? Wenn man so etwas macht, dann braucht es auch eine gewisse Anpassung. Deshalb war seine Aussage falsch und gefährlich gegenüber den Personen, die Sozialhilfe beziehen.

Christine Kaufmann-Wolf geht es nicht nur um die Pflege. Ihre Bekannte arbeitet in einem Tankstellenshop und hat verschiedene Arbeitszeiten. Sie arbeitet am Sonntag, weil sie dann auch den höheren Lohn hat. Dies ist die Zulage, die bereits genannt wurde. Für sie wäre es auch logisch, dass wenn die Kinder am Sonntag betreut werden, dass es dann auch teurer ist. Zu Robert Marty möchte sie noch sagen, dass es klar ist, dass die CVP eine Familienpartei ist. Sie setzt sich für sie ein. Nur gibt es heutzutage viele Scheidungen und deshalb Alleinerziehende. Dies ist ein Problem der heutigen Gesellschaft. Gemäss Robert Marty möchte die CVP am liebsten, dass die Familien am Sonntag in der Kirche sind. In der Kirche gibt es jedoch einen Kinderhort, damit die Kinder in der Kirche nicht stören.

Gemäss Cyrill Wiget versteht der Gemeinderat das Problem der Vereinbarkeit zwischen Familie und Arbeit. Trotzdem muss es das Recht des Gemeinderates sein mit den eingesetzten Mitteln eine möglichst effiziente Lösung zu suchen. Deshalb war man davon überzeugt, dass dieser Mitteleinsatz nicht effizient wäre. Es stimmt nicht, dass der Gemeinderat nichts abgeklärt und keine Unterscheidung zwischen Vorschulkindern und Schulkindern gemacht hat. Der Gemeinderat hat beides gemacht. Die Begründung fällt normal nicht so umfangreich aus, wie dies ein Bericht tut. Der Gemeinderat hat abgeklärt, ob das Bedürfnis bei den KITA's besteht. Dieses Bedürfnis besteht jedoch ganz klar nicht. Schon am Samstag besteht kein grosses Interesse. Bei den Horten wurde dies auch angeschaut. Als Gemeinde hat man das Problem, dass es zu 100 % durch die Gemeinde bezahlt werden muss. Dann gilt das Argument jemanden aus der Sozialhilfe zu holen nicht mehr, weil der Beitrag zu hoch wäre. Wenn das Angebot gratis angeboten wird, wäre der Mitteleinsatz der Gemeinde wieder sehr viel grösser. Die einfachste Lösung wäre beim Tagesplatzverein mehr Mütter zu finden. Der Tagesplatzverein wehrt sich nicht dagegen ihr Angebot am Sonntag anzubieten. Der Verein könnte das auch besser lösen, wenn es Mütter gäbe, die das auch am Sonntag machen. Es macht wenig Sinn Kinder vom Sonnenberg in eine KITA in die Kuonimatt zu bringen. Die KITA's sind ja auch quartierbezogen.



Abstimmung über die Überweisung des Postulats Kaufmann: Betreuungsangebote an den Wochenenden für Kinder deren Eltern am Wochenende erwerbstätig sind (Nr. 178/15)

Das Postulat wird mit 16:14 Stimmen und einer Enthaltung überwiesen.

Porgor Dita	nein
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	110111
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja .
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ia
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja
,	

12. Postulat Graber: Tourismus- und Ortsmarketing-Strategie für die Gemeinde Kriens Nr. 179/15

Gemäss <u>Thomas Lammer</u> ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Roger Erni opponiert der Überweisung.

<u>Kathrin Graber</u> möchte mit dem Vorstoss keine Vergangenheitsbewältigung machen, sondern in die Zukunft schauen. Es wurde festgestellt, dass es für die Gemeinde eine neue Aufgabe gibt. Die Gemeinde muss die Kurtaxe neu selber verwalten. Im Tourismus sind nun drei verschiedene Player beteiligt. Dies sind der Verein "Ortsmarketing – Lust auf Kriens", der Tourismusverein und neu die Gemeinde. Aus ihrer Sicht müsste man sich überlegen, wer welche Aufgaben hat. Dort wäre es angezeigt eine Strategie zu machen. Der Gemeinderat stellt sich vom Inhalt her etwas anderes vor. Die Sprechende möchte, dass der Gemeinderat überlegt, was Kriens im Bereich Tourismus anbietet. Kriens ist keine touristische Gemeinde. Man hat gewisse Aufgaben und muss sich die Stossrichtung überlegen. Ein weiterer Punkt ist die Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen Playern. Es stellt sich die Frage, was der Verein



Kriens Tourismus in Zukunft noch machen wird. Ein weiterer Punkt ist, welche Aufgaben die Gemeinde selber macht oder welche werden mit Nachbargemeinden ausgeführt. Weiter muss man sich im Klaren sein über die Kriterien bezüglich der Projekte, die man unterstützen möchte. Die Kurtaxe ist zweckgebunden. Es geht nur um die Finanzierung von touristischen Einrichtungen. Das Geld kann nicht für irgendwelche Anlässe in der Gemeinde gebraucht werden. Diese Punkte sollen in einem kleinen Bericht aufgezeigt werden. Es geht vor allem um die Stossrichtung und die Aufgabenteilung. Kathrin Graber dankt für die Überweisung des Postulats.

Gemäss <u>Alfons Graf</u> kann die SVP-Fraktion das Postulat grundsätzlich unterstützen. Der Gemeinderat ist ja bereits am Ball. Der Sprechende denkt, wie der Gemeinderat das machen will, ist bereits in der Schublade. Der Tourismus muss von der Gemeinde gefördert werden. Tourismus bringt bekanntlich Einnahmen. Der Gemeinderat muss dies aber im vernünftigen Rahmen ausarbeiten und gestalten. Für die SVP-Fraktion ist wichtig, dass es kostenneutral sein muss. Nicht dass es plötzlich heisst, man muss noch ein Tourismus-Büro haben und noch eine Stelle als Kur-Direktor schaffen. Das kann ja dann wirklich nicht sein und wäre mehr als übertrieben. Kriens ist ja schliesslich nicht St. Moritz oder Zermatt. Dort ist der Tourismus in einer andere Liga.

Die FDP-Fraktion opponiert laut Roger Erni aus folgendem Grund der Überweisung des Postulats. Das was Kathrin Graber gesagt hat, ist alles korrekt. Der Gemeinderat weiss dies aber schon länger. Der Einwohnerrat wurde am 30. April 2015 darüber informiert, dass die Gemeinde das Inkasso der Kurtaxe übernimmt. Es ist nicht glücklich, was zwischen den drei Playern in den letzten Jahren passierte. Der Sprechende hat mit den beiden Vereinen und Cyrill Wiget darüber gesprochen. Daraufhin hat der Sprechende eine Interpellation eingereicht. Drei Tage später reichte Kathrin Graber ihr Postulat ein, dass eine Strategie fordert. Aus Sicht der FDP-Fraktion braucht es dies nicht. Erstens ist der Präsident des Tourismusvereins bereit mit der Gemeinde zusammen zu arbeiten. Zweitens muss der Fremdenverkehr ganz klar definiert werden. Das sind Gäste ausserhalb eines Radius von 20 km. Weiter hat der Ortsmarketingverein nicht Fr. 10'000.00 zu Gute, welche der Tourismus aus den Kurtaxen einbringt. Das ist das grosse Problem. Deswegen spricht die FDP-Fraktion nicht von drei sondern von zwei Playern. Die zwei Player haben nun einfach die Seite gewechselt. Kriens Tourismus hat die Kurtaxe eingezogen und bestimmte für welche Projekte das Geld ausgegeben wird. Die Kontrolle nahm die Gemeinde wahr. Diese war nicht einverstanden, wie die Kurtaxe verwendet wird. Deshalb ist die Gemeinde nun für das Inkasso zuständig. In tausenden Gemeinden wird die Kurtaxe durch die Gemeinde eingezogen und dann an die Projekte verteilt. Der Ortsmarketingverein braucht es im Bereich des Tourismus gar nicht. Deshalb opponiert die FDP-Fraktion. Die Gemeinde soll mit dem Verein Kriens Tourismus zusammenarbeiten. Der Präsident wird vielleicht einige der vergangenen Fehler eingestehen, aber Fehler passieren überall. Deshalb ist seine Interpellation alles andere als Vergangenheitsbewältigung. Mit seinen Fragen wird alles geklärt. Deshalb braucht es das Postulat von Kathrin Graber nicht. Der Sprechende bittet darum das Postulat abzulehnen. Die Gemeinde muss mit dem Tourismusverein zusammengehen, um das was vor 1 ½ Jahren an der GV in die Brüche ging wieder zu kitten. Er bittet darum, dass der Gemeinderat den Einwohnerrat sauber informiert und schaut, dass das Geld richtig verwendet werden soll. So kann im kleinen Rahmen die touristische Attraktivität wieder hergestellt werden.

Die SP/JUSO-Fraktion hat sich gemäss <u>Raphael Spörri</u> auch überlegt, ob es eine Strategie braucht. Ja, es braucht eine. Verschiedene Player und verschiedene Meinungen ergeben automatisch mehr Schnittstellen und es sind vermehrt Gespräche und Sitzungen nötig. Dies



kann doch kein Ziel sein, um ein Tourismus- und Ortsmarketing effizient zu führen. Zusätzlich jedoch stellt sich die SP/JUSO-Fraktion folgende Fragen:

- Muss die Gemeinde federführend sein oder den Lead übernehmen?
- Wenn ja, gäbe es einen Partner der das Know-how besser hat?
- Wie hoch ist der Aufwand mit dieser neuen Aufgabe für die Gemeinde?
- Was kostet dies?
- Ist die Gemeinde auch aus fachlicher Sicht die Richtige, oder kann das jemand besser?

Die SP/JUSO-Fraktion hofft, dass mit der geforderten und von ihr unterstützen Strategie Antworten auf diese Fragen erhält. Vielleicht wird das Ergebnis aufzeigen, dass man in einem späteren Schritt diese Arbeit und Verantwortung wieder einem kompetenten Partner übergeben kann.

Bruno Bienz meint, dass die Grüne/JG-Fraktion diesen Vorstoss gut findet und für die CVP ist. Es sollte nicht einmal zur Diskussion stehen. Wenn der Gemeinderat das Inkasso übernimmt, dann muss er auch eine Strategie machen, was mit dem Geld gemacht wird. Es geht hier doch um einige Franken. Dann soll im Sinne der Transparenz der Einwohnerrat darüber informiert werden.

Gemäss <u>Cyrill Wiget</u> hat der Gemeinderat eine Strategie. Es wird vorgeschlagen, dass diese Strategie dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Im Rahmen der Überweisung wird man sich mit dem Thema nicht das letzte Mal auseinandersetzen. Bei der Reglementsänderung und der Interpellation und beim allfälligen Bericht dieses Postulats muss man auch wieder darüber diskutieren. Der Gemeinderat ist bereit den Vorstoss zu übernehmen und wird den Einwohnerrat transparent informieren.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Graber: Tourismus- und Ortsmarketing-Strategie für die Gemeinde Kriens (Nr. 179/15)

Das Postulat wird mit 23:6 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	Enthaltung
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	n.t.
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja



Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

14. Postulat Graf: Kein Porto für Wahlen und Abstimmungen Nr. 181/15

Gemäss <u>Thomas Lammer</u> opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Alfons Graf stellt fest, dass bei Abstimmungen und Wahlen eine allgemeine Tristesse herrscht. Jüngstes Beispiel sind die vergangenen Wahlen für das Gemeindepräsidium und die Wahl in den Gemeinderat. Ganze 36 % von den Stimmberechtigten gingen an die Urne. Es ist unglaublich wie stimmmüde oder lustlos die Bevölkerung ist. Einerseits ist dies nachvollziehbar, da der Bürger feststellen muss, dass wichtige Entscheide nicht umgesetzt werden. Nimmt man hier als Beispiel die Masseneinwanderungsinitiative. Ein weiterer Grund ist, dass sich viele Bürger einfach auch nicht die Zeit nehmen die Wahlunterlagen in den Briefkasten beim Gemeindehaus hineinzuwerfen. Kommt dazu, dass Kriens weit verstreut ist und die Leute schlicht den Weg zum Gemeindehaus nicht machen wollen. Dazu zählt der Sprechende auch jene Personen die behindert sind und nicht im Zentrum wohnen. Was kann man dagegen unternehmen, damit die Bürger wieder vermehrt an die Urne gehen? Wenn die Abstimmungsund Wahlunterlagen in den nächsten Briefkasten portofrei geworfen werden können, würden sich seiner Meinung nach die Leute wieder vermehrt an Wahlen und Abstimmungen beteiligen. Alfons Graf ist sich bewusst, dass die Gemeinde dadurch die Kosten tragen muss. Aber die einzigartige Demokratie der Schweiz darf auch etwas kosten. Kriens kann und soll als moderne Gemeinde in dieser Beziehung durchaus eine Vorreiterrolle spielen. Man muss alles tun, um den Bürger zu motivieren wieder an die Urne zu gehen. Wenn aber nach drei Jahren kein sichtlicher Erfolg an den Wahlen und Abstimmungen eintrifft, kann das ganze wieder abgeblasen und rückgängig gemacht werden. Aber ein Versuch ist es allemal wert.

Pascal Meyer, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, führt aus, dass Alfons Graf im Namen der SVP Fraktion erreichen möchte, dass die Gemeinde Kriens testweise für drei Jahre das Porto für die Rücksendung von Abstimmungs- und Wahlunterlagen übernimmt. Die Meinung der CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist klar. Vorfrankierte Couverts haben sicherlich einen kleinen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung. Sie werden das Problem der rekordtiefen Wahlbeteiligungen aber keinesfalls lösen. Eine tiefe Wahlbeteiligung ist auch Ausdruck einer gewissen Zufriedenheit bzw. einer "Was geht mich das an"- Haltung. Eine Luzerner Partei bringt diesen Gedanken auf den Punkt. Sie sagen: "Ändere, was dich stört" und nicht "Sage immer etwas, auch wenn es dich nicht stört". Man geht also nur noch an die Urne, wenn man selbst betroffen ist. Eine höhere Stimmbeteiligung kaufen, bringt folglich nichts. Es macht nicht mehr Leute betroffen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion meint weiter, dass sich die SVP mit der Förderung solcher Massnahmen wieder rehabilitieren möchte. Hat sie doch beim ersten Wahlgang der Krienser Gemeinderatswahlen einen neuen Tiefpunkt an politischem Stil erreicht. Ob die so vergraulten Wähler wieder an die Urne gehen, weil sie einen Franken weniger zahlen müssen, ist fraglich. Für CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist dieser Vorschlag der SVP-Fraktion nicht sinnvoll. Der positive Effekt konnte bis heute nicht nachgewiesen werden. Die wirklichen Hürden für den Urnengang der Stimmbevölkerung sind komplexer als den einen Franken auf dem Couvert. In diesem Sinne lehnt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Überweisung dieses Postulates ab.



Gemäss <u>Rita Berger-Hug</u>, FDP-Fraktion, steht es um die Gemeinde Finanzen nicht zum Besten. Es müssen nicht Fr. 17'000.00 bis Fr. 20'000.00 zusätzlich sein, zumal die Erfahrung zeigt, dass es deswegen keinen grösseren Rücklauf der Abstimmungscouverts gibt. Das Bedürfnis wählen zu können bzw. dürfen sollte einem 85 Rappen Wert sein. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Manuel Schmutz von der SP/JUSO-Fraktion meint, dass vorfrankierte Abstimmungs-Couverts Geld kosten, zwar nicht viel, aber Kriens versucht an allen Ecken und Enden zu sparen. Die SP/JUSO-Fraktion denkt, dass dieses Geld sinnvoller eingesetzt werden kann. Es tut keinem Bürger weh sein Couvert mit einem Franken Portokosten abzuschicken oder in den Briefkasten vor dem Gemeindehaus einzuwerfen. Das die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren gesunken ist, ist eine Tatsache. Zu glauben, dass man diesem Trend mit einer antiquierten Methode, wie der brieflichen Stimmabgabe, entgegenwirken kann, ist ein Irrglaube. Vielmehr müssen Methoden in Betracht gezogen werden, welche die Jungen zurück an die Urne holen. Sie sind es nämlich, die diesen Rückgang in den letzten Jahren verursacht haben. Ideen wie das "Easy Vote" welche in diesem Rat auch schon thematisiert wurden, sind zukunftsweisend. Die briefliche Stimmabgabe, sei das Couvert nun vorfrankiert oder nicht, ist es nicht. Die SP/JUSO-Fraktion ist für eine Ablehnung dieses Postulats.

Tomas Kobi, Grüne/JG-Fraktion erklärt, dass das Postulat Graf nicht der erste Vorstoss in diese Richtung ist. Bereits Yvette Estermann hatte 2013 eine entsprechende Interpellation im Nationalrat eingereicht. Bei der Begründung für die Ablehnung des Postulats verweist der Gemeinderat auf die Antwort des Bundesrates. Auch die Grüne/JG-Fraktion sieht es lieber. wenn sich mehr Stimmberechtigte an Abstimmungen und Wahlen beteiligen würden. Ob durch eine portofreie Rücksendung die Stimmberechtigten nun plötzlich in Massen abstimmen oder wählen gehen ist mehr als fraglich. Es kann jede Person, welche stimm- und wahlberechtigt ist das Couvert portofrei beim Gemeindehaus in den Briefkasten werfen. Auch diejenigen, welche gehbehindert sind. Da kann ja jemand stellvertretend das Couvert einwerfen. Der Postulant vertritt die Meinung, dass die direkte Demokratie einem etwas Wert sein soll. Das bedeutet jedoch konkret, dass dadurch auch Kosten entstehen. Bei der derzeitigen angespannten Finanzsituation der Gemeinde Kriens ein nicht unwesentlicher Faktor. Auch wenn es nur Kosten sind, welche mit ca. Fr. 17'000.00 bis Fr. 20'000.00 zu Buche schlagen würden. Der Sprechende möchte an dieser Stelle nur wieder darauf hinweisen, dass wegen eines solchen Betrages der Einwohnerrat verkleinert wird. Dies zum Thema "Was uns die Politik wert ist und kosten darf". Die Grüne/JG-Fraktion findet es wichtig, dass sich die Stimm- und Wahlbeteiligung erhöhen soll. Sie ist jedoch der Meinung, dass dies nicht über das portofreie Couvert geschieht, zumal laut dem Politologen Thomas Milic davon auszugehen sei, dass nur etwa 1-2 % mehr Personen dann auch das Couvert abschicken. Die Grüne/JG-Fraktion wird dieses Postulat nicht unterstützen.

Laut <u>Cyrill Wiget</u> macht auch dem Gemeinderat die tiefe Wahlbeteiligung Sorge. Es ist sicher richtig, dass die Parteien und auch der Gemeinderat mit allen Mitteln versuchen müssen eine positive Stimmung gegenüber der Politik herzustellen, damit junge und ältere gerne an die Urne gehen. Der Gemeinderat ist ebenfalls der Meinung, dass dieser Weg nicht zielführend ist. Die Kosten sind nicht hoch, aber es müsste die Wirkung zeigen, welche man sich auch erhofft. Diese wird so aber nicht eintreffen. Es soll vermehrt an der politischen Kultur gearbeitet werden, um mehr Personen mitzunehmen. Man muss auch lernen, das halbvolle und nicht das halbleere Glas zu sehen. Die Wahlbeteiligung mitten in den Sommerferien war nicht so wahnsinnig schlecht. Das gab es noch nie, dass über die Sommerferien ein Wahlkampf stattfand. Es gingen lediglich die Personen wählen, die sich für die Gemeinde interessieren. Natürlich wäre es schön gewesen, wenn mehr Personen gewählt hätten.



Abstimmung über die Überweisung des Postulats Graf: Kein Porto für Wahlen und Abstimmungen (Nr. 181/15)

Das Postulat wird mit 22:6 Stimmen bei einer Enthaltung nicht überwiesen.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	n.t.
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Marty, Robert	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	nein
Schmutz, Manuel	nein
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	Enthaltung
Takacs, Fabian	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Zosso, René	n.t.

15. Postulat Berger: Businessplan für das Parkbad Kriens

Nr. 182/15

Gemäss <u>Thomas Lammer</u> ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Davide Piras opponiert der Überweisung.

Rita Berger-Hug dankt dem Gemeinderat, das erarbeitete Strategiepapier und die Erfahrungen aus heutiger Sicht aufzuzeigen. Es ist bestimmt für alle Krienserinnen und Krienser ein Bedürfnis, dass eine effiziente Betriebsführung sichergestellt ist. Aus diesem Grunde bittet die Sprechende das Postulat zu überweisen.

<u>Davide Piras</u>, CVP/JCVP/GLP-Fraktion meint, wenn man den Krienser Sommer 2014 Revue passieren lässt, bleiben viele schöne, lange, kalte Regentage in Erinnerung. Dementsprechend sind auch die Krienser Badigäste ausgeblieben. Die Einnahmen der gesamten Badi-Anlage sind vom 2013 auf 2014 um 34 % gesunken. Die Zahlen im 2015 hingegen sehen sehr gut aus. Bis Ende von diesem August wurden bereits 50 % mehr Einnahmen generiert



als im vergangenen Jahr. Man sieht, das Wetter ist und bleibt der grösste nicht beeinflussbare Faktor auf die Badi-Einnahmen. Wie soll nun der Faktor "Wetter" in einem Businessplan abgebildet werden? Wer einmal einen kompletten Businessplan von A-Z erarbeiten durfte, kennt den entsprechenden Aufwand. Es benötigt eine Analyse des Marktes, der Dienstleistung, der Konkurrenz, Überlegungen im Punkto Marketing, Management und schlussendlich ein sauberes Finanzkonzept. Der Faktor "Wetter" würde der Sprechende in der Risikoanalyse abbilden. Aus den entsprechenden Szenarien können verschiedene Strategien für den Betrieb folgend abgeleitet werden. Was man hier in Wirklichkeit benötigt, ist eine Überarbeitung des erwähnten Strategiepapiers des Gemeinderates. Das Strategiepapier soll die Erfahrungen nach vier Jahren Betrieb aufzeigen und die entsprechenden Massnahmen präsentieren. Auch den Kritikpunkt der Postulantin betreffend Personalkosten soll mitberücksichtigt werden. Das Erarbeiten eines Businessplans für eine laufende Anlage ist Sicht der CVP/JCVP/GLP-Fraktion nicht wertschöpfend. Businesspläne sollen von Beginn vor dem Bau erarbeitet und diskutiert werden. Im laufenden Betrieb einer Anlage oder eines Unternehmens werden keine Businesspläne neu erstellt. Es sind die Strategiepläne, welche überarbeitet werden mit den Erfahrungen aus den letzten Jahren um ein Unternehmen auf den richtigen Kurs zu bringen. Die JCVP/CVP/-GLP-Fraktion lehnt aus diesen Gründen das Postulat ab und bittet den Gemeinderat keinen Businessplan zu erstellen, sondern das vorhandene Strategiepapier zu überarbeiten und dem Einwohnerrat oder zumindest der entsprechenden Kommission zu präsentieren.

Laut <u>Räto Camenisch</u> ist die SVP-Fraktion erschrocken, dass für ein 13 Mio. Projekt noch kein Businessplan besteht. Darum ist es nun höchste Zeit dies nachzuholen. Man wird niemanden finden, der ein solch teures Projekt ohne Businessplan erstellt hat. Einmalig was hier passiert.

Enrico Ercolani von der FDP-Fraktion findet die Krienser Badi sehr schön. Was den Sprechenden am meisten stört, ist der Restaurationsbetrieb. Er bedauert, dass das Restaurant nicht privat geführt werden kann. Das Restaurant könnte auch auf die Strasse hinaus geöffnet werden, dass man als Normalverbraucher dort hineingehen kann. Die Wirte in Kriens beklagen sich darüber, dass die Gemeinde in der Badi eine Wirtschaft betreibt. Deshalb müsste das Restaurant privatisiert werden. Im heutigen Zustand ist dies jedoch nicht möglich. Die Lage des Restaurants ist gut, da es auch genügend Parkplätze hat. Dann wäre es auch bei schlechtem Wetter offen und würde so mehr Geld generieren. Die FDP-Fraktion möchte im Businessplan eine solche Möglichkeit aufgezeigt haben.

Die SP/JUSO-Fraktion ist gemäss Raphael Spörri für die Überweisung des Postulats. Dies wird wohl Einige überraschen, doch ist es auch der linken Fraktion wichtig Klarheit in Sachen Parkbad zu schaffen. Es ist schon erstaunlich, wie oft dieses Bad, auch nach rund vier Jahren Betriebszeit, immer noch hinterfragt wird. Zwar wird von der Postulantin erkannt, dass ein Freibad per se nicht kostendeckend geführt werden kann und auch das Wetter noch eine wichtige Rolle spielt, doch wer diesen Sommer die tolle Stimmung und das fröhliche Gejohle miterlebt hat, darf zu Recht stolz auf diese Errungenschaft sein. Klar, Kostenkontrolle muss sein, ausser Zweifel. Doch mit etwas Recherche der letzten Rechnungsdebatte hätte gesehen werden können, dass das Defizit einen Grund hat. Es kam zu Stande, weil eine 40-jährige Badi abgeschrieben war und die neue Badi nun wieder von vorne anfängt mit hohen Abschreibungskosten. In einer Spezialfinanzierung werden diese natürlich auch offensichtlich und augenfällig ausgewiesen. Ist es also wirklich nötig dem Rat alle fünf Jahre ein Businessplan vorzulegen, obwohl jährlich die einzelnen Kommissionen in der Rechnungsdebatte ihre Prüffunktion wahrnehmen? Um endlich der Badi, auch finanziell, etwas Ruhe zu gönnen, ist die SP/JUSO-Fraktion gespannt auf das angekündigte Strategiepapier und ist für die Überweisung des Postulats.



Die Grüne/JG-Fraktion ist laut <u>Bruno Bienz</u> etwas gespalten bezüglich dieses Vorstosses. Sie fragt sich schon, was ein Businessplan bringen soll. Unterstellt die FDP den Verantwortlichen, dass sie keine effiziente Betriebsführung haben? Wenn Entscheide zur Kostenersparnis getroffen werden, reklamiert der Einwohnerrat wie z.B. mit der Interpellation Lammer Nr. 127/2014. Man muss sich bewusst sein, dass es an solchen unsicheren Tagen sehr wenige Badende gibt. Aber eine gewisse Infrastruktur, das heisst Personal, muss verfügbar sein. Auch das Restaurant verursacht an solchen Tagen nur Kosten. Dass in die Rechnung 2014 ein um Fr. 236'000.00 grösseres Defizit aufweist, liegt wohl auf der Hand. Das letztjährige Wetter hat die Budgets jeder Badi über den Haufen geworfen. Da braucht es wohl keine weiteren Erklärungen. Die Personalkosten sind in etwa gleich, ob nun 10 oder 500 Gäste kommen. Für eine solche Analyse braucht es eigentlich keinen Businessplan. Zudem ist die Antwort auf die Interpellation Graf Nr. 174/2015 auch sehr ausführlich. Viele Punkte eines Businessplans sind dort bereits beschrieben. Da der Gemeinderat bereits ein Strategiepapier hat und diesen Bericht zum Postulat als Antwort vorlegen will, ist ein Teil der Grüne/JG-Fraktion bereit, dieses Postulat zu überweisen.

Roland Schwizer erklärt, dass ein Businessplan Auskunft darüber geben soll, wie ein Unternehmen finanziell rentiert. Eine Bemessungsgrundlage sind die Einnahmen. Die Einnahmen bei der Badi sind die Schönwettertage. Es stellt sich die Frage, welches Jahr man als Grundlage nimmt. Ist es das Jahr 2013, 2014 oder 2015? Die Berechnung ist eine Sandkastenübung. Wie will man heute sagen, wie in fünf Jahren das Wetter ist? Dies ist nicht möglich und deshalb kann der Gemeinderat gar nicht rechnen. Ein Strategiepapier würde mehr aussagen. Deshalb ist der Sprechende sowie die CVP/JCVP/GLP-Fraktion gegen die Überweisung des Postulats.

Gemäss <u>Räto Camenisch</u> sind alle vorausschauenden Rechnungen Sandkastenspiele. Manchmal passiert dies mit festerem und dann mit lockerem Sand. Hier geht es um das Wetter. Jede Sonnenstunde der letzten zwanzig Jahre sind dokumentiert. So kann man mit einem Mittelwert rechnen und darauf einen Businessplan aufbauen. Es gibt nun mal Sommer die besser sind und solche die weniger gut sind. Der Businessplan beruht auf Grundlagen einer langfristigen Beobachtung. Diese gibt es und muss man nicht weiter suchen gehen. Offenbar hat der Gemeinderat dies schon gemacht.

<u>Davide Piras</u> glaubt, dass Rita Berger-Hug das Strategiepapier möchte. Dieses gibt die Informationen darüber, wie man mit dem Betrieb weiter machen soll. Ein Businessplan ist nicht zielführend. Der erste Punkt des Businessplans ist die Analyse des Markts. Was will man hier für eine Analyse machen? Dies macht bei einer Badi keinen Sinn. Für was will Kriens eine Konkurrenzanalyse machen und was im Marketing? Das macht alles keinen Sinn. Es braucht ein Strategiepapier, womit die letzten vier Jahre angeschaut werden. Der Mittelwert des Wetters der letzten 20 Jahre braucht es nicht. Das Wetter ist unberechenbar. Darum bittet der Sprechende das Postulat abzulehnen und der Gemeinderat soll das Strategiepapier dem Einwohnerrat vorlegen.

<u>Erich Tschümperlin</u> weist darauf hin, dass in der Antwort steht, dass der Gemeinderat das Strategiepapier vorlegen wird. Dies wird zusammen mit den Erfahrungen der letzten vier Jahre gemacht. Nun kann man darüber diskutieren, wie dieses Papier heisst. Aus Sicht des Sprechenden macht ein Businessplan keinen Sinn. Wenn er das Strategiepapier und die Erfahrungen der letzten vier Jahre erhält, wird er dem zustimmen. Das möchten doch alle Anwesenden.



Laut <u>Robert Marty</u> berücksichtigt der Businessplan auch, was an Schlechtwettertagen passiert. Dies hätte man am Anfang machen müssen. Für den Sprechenden ist es grobfahrlässig, dass kein Businessplan gemacht wurde. Er bittet darum den Vorstoss zu unterstützen. Es ist höchste Zeit, dass sich der Gemeinderat über die Badi Gedanken macht. Es ist ein wunderschönes Bad. Er begreift aber nicht, dass das Restaurant nach der Badesaison geschlossen ist. Das müsste man nochmals überdenken. Es braucht einen Businessplan und keinen Strategieplan.

Gemäss Cyrill Wiget möchten alle Parteien, dass es mehr politische Beteiligungen bei Abstimmungen und Wahlen gibt. Wenn nun Rita Berger-Hug mehr Transparenz möchte, darüber was sich der Gemeinderat überlegt, entspricht dies diesem Anliegen. Man kann nur mitreden, wenn man auch Bescheid weiss. Deshalb ist der Gemeinderat auch immer bereit seine Strategiepapiere und die Analysen vorzulegen. Der Businessplan steht nicht im Vordergrund, weil ein Schnitt von fünf Jahren genommen werden muss. So können sicherlich ein paar Aussagen gemacht werden. Wichtiger ist aber die Strategie. Der Gemeinderat verspricht, dass das Strategiepapier zur Badi in der Verwaltung und nicht von einer externen Stelle erstellt wurde. Beim Restaurant wurde dies jedoch an die KATAG gegeben. Dieses Papier kann auch vorgelegt werden. Diese haben aufgezeigt was Sinn macht und was weniger. Deshalb kann dieses Postulat überwiesen werden.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Berger: Businessplan für das Parkbad Kriens (Nr. 182/15)

Das Postulat wird mit 19:11 Stimmen überwiesen.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	n.t.
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	nein
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	nein
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	nein



16. Postulat Kaufmann: Sponsoring Partner für das Schappe Süd zum Zweiten Nr. 184/15

Gemäss <u>Thomas Lammer</u> ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

17. Postulat Takacs: Langfristige Sicherung der Wasserversorgung in Kriens Nr. 191/15

Gemäss <u>Thomas Lammer</u> ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

18. Postulat Tanner: Gegen die Bevormundung der Luzerner Gemeinden durch den Kanton Nr. 194/15

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

13. Postulat Staub: Weniger Vorstösse – mehr bilaterale Problemlösungen Nr. 180/15

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

Schluss

Thomas Lammer bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 5. November 2015 statt.

Er wünscht allen schöne Herbstferien, sofern man hat. Ansonsten einfach einen schönen Herbst.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Wichlern.

Die Sitzung schliesst um 18:50 Uhr.



Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

	16arc
Die Einwohnerratspräsident:	Thomas Lammer
Der Gemeindeschreiber:	Guido Solari
Die Protokollführerin:	J. Duchwanden Sarah Deschwanden